Nationalpolitische Aufklärungsschriften

Heft 10

Die Landwirtschaft im deutschen Aufbauwerk







Gutachten

der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums
vom 14. Januar 1938 / 28 115/2.

„Die Landwirtschaft im deutschen Aufbauwerk" nennt Wilhelm Staudinger seine eindrucksvolle Aufklärungsschrift. Ausgehend von den beharrenden Kräften des deutschen Bauerntums, die in den Wechselwirkungen vom bäuerlichen Menschen und Boden begründet sind, zeigt der Verfasser in treffender, knapper Form die unterirdischen Kräfte, die immer wieder das bäuerliche Bollwerk auszuhöhlen drohten. Trotz aller Widerstände des Bauerntums geriet der deutsche Bauer in eine immer größere Notlage, weil das deutsche Volk die wahre Bedeutung des Bauernstandes nicht erkannte. Erst der Nationalsozialismus gab dem Bauern die ihm gebührende Stellung innerhalb der Volksgesamtheit. Der Verfasser zeigt unter Herausstellung der wesentlichen Gesichtspunkte in treffender Darstellung die völkischen Aufgaben des deutschen Bauern, die Wege, die der Nationalsozialismus gegangen ist, um den Bauern in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben erfüllen zu können, und die Durchführung dieser Aufgaben durch den Bauern selbst. Die bisherigen Erfolge beweisen, daß das deutsche Bauerntum die aus seinen Rechten entspringenden Pflichten und seine Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk klar erkannt hat. Die Schrift ist zu empfehlen.

„Die Schrift wird in der NS.-Bibliographie geführt."

Berlin, den 18. Dezember 1937.

Der Vorsitzende der Parteiamtlichen Prüfungskommission
zum Schutze des NS.-Schrifttums.

1 9 4 2

Im Propaganda-Verlag Paul Hochmuth, Berlin W 35.

Elsnerdruck, Berlin

Die Landwirtschaft im deutschen Aufbauwerk

Durch den Marxismus ist das Ringen des werktätigen Menschen um eine gerechte Lebensordnung zum Klassenkampf verfälscht und dadurch ein selbstmörderischer Vernichtungskrieg aller gegen alle entfesselt worden. In dem Bestreben, alle Kreise in den Vernichtungskrieg hineinzuziehen, stieß der Marxismus auf ein starkes Hindernis, das Bauerntum. Für den Bauern war der angestammte Grund und Boden die unentbehrliche Grundlage seines Schaffens und Wirkens; bei ihm hatte sich der vom Marxismus prophezeite Gegensatz von Kapital und Arbeit noch nicht vollzogen, und nichts deutete darauf hin, daß die marxistische Prophezeiung von der Aufsaugung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe sich im Bauerntum bewahrheiten werde. Nach dem großen Rückschlag, den das Bauerntum durch die Verfälschung der Steinschen Agrarreform erlitten hatte, hatte es, allen Schwierigkeiten zum Trotz, seine Lebenskraft stark entfaltet. Es war also das große Gegenbeispiel, das zum mindesten die Allgemeingültigkeit der marxistischen Geschichts- und Entwicklungstheorie widerlegte.

Marxistischer Haß gegen das Bauerntum

Daher sah der Marxismus auch im Bauerntum seinen gefährlichsten Feind, den er bei jeder Gelegenheit verunglimpfte und mit jedem Mittel bekämpfte. Mit Schimpf und Spott versuchte er besonders dem deutschen Arbeiter einzuhämmern, „daß es keinen egoistischeren, brutaleren, aber auch keinen bornierteren Menschenschlag gibt, als die bäuerliche Klasse, gleichviel welcher Gegend". (Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag in München 1902.) Der sozialdemokratische Parteiführer Bebel faßte, dieser Einstellung entsprechend, die marxistische Bauernfeindlichkeit in einem Buche, das sich an die Frauen (!) wendet, in den kennzeichnenden Sätzen zusammen: „Der kleine Bauer ist für die höhere Kultur nahezu unzugänglich. Wer die Rückwärtserei liebt, mag an der Fortexistenz dieser sozialen Schicht Genugtuung empfinden. Der menschliche Fortschritt bedingt, daß sie verschwindet."

Jüdischer Vernichtungsplan

Aus dieser Einstellung heraus war dem Marxismus jedes Mittel recht, um dem Bauerntum zu schaden. So begründete Liebknecht das Eintreten der Sozialdemokratie für den Freihandel, der die Landwirtschaft schutzlos der ausländischen Konkurrenz preisgab, mit zynischer Offenheit wie folgt:

> **„Das stärkste Bollwerk gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie ist bisher das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigentum gewesen. Das war die Schranke, an welcher das Wachstum der Sozialdemokratie schließlich hätte zum Stillstand kommen müssen. Das amerikanische Getreide beseitigt nun diese Schranke, es treibt den Bauern von seiner Scholle, es stößt ihn ins Proletariat hinab und wandelt ihn aus einem Verteidiger zu einem Feind der gegenwärtigen Ordnung. Der Sozialismus sieht daher in der amerikanischen Konkurrenz eine der besten Bürgschaften seines baldigen Erfolges."**

Diese Einstellung machte den Marxismus zum Helfershelfer der internationalen Getreidespekulation und ihrer Draht-

ziehe r, de r Jude n und Judengenosse n, in ihrem Vernichtungskampfe gegen das deutsche Bauerntum. Diese Einstellung ist für den Marxismus jeder Schattierung stets richtunggebend geblieben, auch wenn zeitweise aus taktischen Gründen eine andere Tonart angeschlagen wurde. Sie ist auch kennzeichnend für die Agrarpolitik der Novemberdemokratie, auf die ja die Sozialdemokratie stets — unmittelbar oder doch mittelbar — entscheidenden Einfluß hatte.

Zahlen beweisen

Mit grausamer Ironie hatte einst ein sozialdemokratischer „Agrarpolitiker" erklärt: „Wir sind die Partei der Besitzlosen; wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, aber nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besitzer keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariats ist." Wie eine Illustration dieses Wortes wirkt das starke Steigen der Zahl der **Zwangsversteigerungen in der Landwirtschaft während der Herrschaft der Novemberdemokratie.**

Durchgeführte Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke:

Jahre	Anzahl	Fläche in ha
1924/26	4 282	37 754
1927/29	7 900	200 110
1930/32	17 157	462 485

Diese **bäuerliche Elendsstatistik** zeigt uns das **Ergebnis der marxistischen Verelendungstaktik.** Der Bauer sollte ebenso wie der Arbeiter entwurzelt werden, damit er das Massenheer des heimatlosen Proletariats vermehre und williger den Lockungen der marxistischen Volksverführer folge. Der Umfang der in den Jahren 1924—1932 zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Fläche entspricht der landwirtschaftlichen Nutzfläche Thüringens. Dieser Massenfriedhof marxistischer Bauernfeindschaft ist ein Dokument des Hasses, das das deutsche Volk nie vergessen wird. Aber die vernichtende Lawine der Zwangsversteigerungen sollte — und auch das wird das deutsche Volk nie vergessen — ihren Todeslauf noch fortsetzen; denn schon war 1932 **für weitere 1019000 Hektar Bauernland die Zwangsversteigerung eingeleitet,** d. h. eine Fläche, die der landwirtschaftlichen Nutzfläche Württembergs entspricht, sollte unter den Hammer kommen, als der Führer die Macht ergriff und das deutsche Bauerntum vor der drohenden Vernichtung errettete.

Weltkapitalismus als Verbündeter des Marxismus

Bevor wir uns seiner Rettungstat zuwenden, ist es jedoch notwendig, uns zuvor noch einmal kurz die Folgen jener Vernichtungspolitik nicht nur für den deutschen Bauern, sondern für das ganze deutsche Volk zu vergegenwärtigen; denn erst dann vermag ein jeder die Rettungstat des Nationalsozialismus richtig zu würdigen. Die marxistische Verelendungstaktik hätte gerade wegen ihrer brutalen Offenheit nie und nimmer die geschilderten furchtbaren Folgen gehabt, wenn sie nicht in jeder Beziehung unterstützt worden wäre von Bundesgenossen, die gerade dadurch, daß sie ihren Vernichtungswillen geschickt zu tarnen verstanden, das deutsche Volk auf die abschüssige Bahn lockten, auf die jedes Volk gerät, das sein Bauerntum preisgibt. Die rasche und starke Industrialisierung Deutschlands war — so lehrten diese marxistischen Bundesgenossen — lediglich die zwangsläufige Folge des ehernen Wirtschaftsgesetzes fortschreitender Arbeitsteilung zwischen den Völkern. Danach lag Deutschlands Heil in der Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat. **Deutschland sollte sozusagen eine einzige Riesenfabrik werden, deren Erzeugnisse in den nicht industrialisierten**

Ländern, die dafür Lebensmittel zu liefern hätten, leichten Absatz finden würden. Durch diese „Arbeitsteilung" wäre die Arbeit des deutschen Bauern überflüssige Kraftvergeudung; denn das von ihm der deutschen Scholle mühselig abgerungene Brotgetreide könnte aus anderen Ländern mit günstigeren Erzeugungsbedingungen viel billiger bezogen werden. Dadurch aber würde die für Deutschland so begehrenswerte Industrieausfuhr noch gefördert; denn durch den Bezug billigeren Brotes aus dem Auslande würden die einheimischen industriellen Erzeugungskosten gesenkt und infolgedessen die Konkurrenzkraft Deutschlands auf den Auslandsmärkten erhöht. Das Totenlied für den deutschen Bauern war also gleichzeitig die große Fortschrittsouvertüre für den deutschen Arbeiter. Dadurch wurde unter der Maske des Fortschritts ein scheinbar unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Arbeiter und Bauer konstruiert.

Der „rückständige" Bauer

Allenfalls gestand man dem Bauern eine beschränkte Daseinsberechtigung insofern zu, als man ihm den Uebergang zur sog. Veredelungswirtschaft (beispielsweise Schweinemast mit Hilfe ausländischer Futtergerste oder Abmelkwirtschaft ebenfalls auf fremder Futtermittelgrundlage) oder zu Spezialkulturen anriet. Daß dabei die natürliche Vielseitigkeit der bäuerlichen Erzeugungsleistung verkümmern mußte, ignorierte man aus den geschilderten Scheingründen völlig. Die Bauern, die sich gegen diese ihnen widernatürliche Entwicklung wehrten, wurden in Uebereinstimmung mit der marxistischen Agitation als „rückständig" verschrien. Und da das Bauerntum infolge der immer stärkeren Industrialisierung Deutschlands langsam, aber sicher zu einer Minderheit im deutschen Volke herabsank, wurde ihm gleichzeitig der Stempel reaktionärer Gesinnung aufgedrückt, die aus Eigennutz gegen die Interessen der Mehrheit ankämpfte, wobei ohne weiteres das angebliche Wohl der Mehrheit dem Wohl des ganzen Volkes gleichgesetzt wurde, ein Verfahren, das kennzeichnend für die mechanistische Denkweise jener Volksbeglücker ist, die sich als „Demokraten" dem deutschen Volke anbiederten. Unter diesem Namen sind sie dann auch unseligen Angedenkens in die deutsche Geschichte eingegangen.

Der Marxismus hat sich ihrer Schlagworte sehr schnell als gelehriger Schüler bedient. Diese boten — wie bereits angedeutet — den Vorteil, die Bauernfeindschaft hinter der Maske der Arbeiterfreundschaft tarnen zu können. Doch nicht nur diese Wahlverwandtschaft führte den Marxismus an die Seite der Scheindemokratie, sondern eine echte Blutsverwandtschaft; denn in beiden Parteiungen waren Juden richtunggebend, deren Parasiteninstinkte von jeher Urfeinde des Bauerntums waren.

Der Jude im Hintergrund

Nichts ist so kennzeichnend für die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, die der Nationalsozialismus am deutschen Volke bereits geleistet hat, wie die Tatsache, daß es uns heute schon außerordentlich schwer wird, sich die tiefe Wirksamkeit der demokratischen Wirtschaftstheorien auf das deutsche Volk zu erklären. Uns sind heute die Augen dafür geöffnet, daß die von der Wirtschaftsdemokratie so gepriesene internationale Arbeitsteilung das Gegenteil einer gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker ist; denn sie schafft Abhängigkeiten, die die wirtschaftlich schwächeren Völker leicht ihrer Selbständigkeit berauben und sie zum Ausbeuteobjekt internationaler Mächte erniedrigen. Nicht umsonst ist gerade das internationale Judentum stets ein Vorkämpfer jener „Arbeitsteilung" gewesen.

Diese gab ihm die Möglichkeit, ein Volk gegen das andere nach Belieben auszuspielen, ohne selbst dabei hervorzutreten, und so im Dunkeln seine Geschäfte zu machen.

Keine gesunde Volkswirtschaft ohne gesunde Landwirtschaft

Wir haben erkannt, daß eine Industrialisierung Deutschlands alles andere als einen Fortschritt bedeutet, wenn sie auf Kosten der einheimischen Landwirtschaft erfolgt. Wir wissen heute, daß eine Industrie, die sich nicht auf einen starken aufnahmefähigen Binnenmarkt stützen kann, in eine gefährliche Abhängigkeit vom Wohlwollen des Auslandes gerät und nur zu leicht um den Lohn ihrer Arbeit gebracht wird. Gerade eine gesunde kaufkräftige Landwirtschaft aber ist eine der Hauptstützen des Binnenmarktes. Es ist kein Zufall gewesen, daß in der Nachkriegszeit die Verschärfung der Agrarkrise Hand in Hand mit der Steigerung der Arbeitslosigkeit ging. Vor allem aber ist es uns wieder zum Bewußtsein gekommen, daß eigenes Brot aus heimischer Scholle ein unentbehrlicher Grundpfeiler völkischer Stärke und Unabhängigkeit ist, daß Nahrungsfreiheit eine entscheidende Voraussetzung politischer Freiheit ist, die, wenn es die deutschen Erzeugungsverhältnisse erfordern, auch durch höhere Preise nicht zu teuer bezahlt wird. Unauslöschlich hat sich uns die Lehre des Weltkrieges eingeprägt, die durch den Hungertod von 764 000 deutschen Volksgenossen, die als Opfer der feindlichen Lebensmittelsperre dahinsiechten, mahnend zu uns spricht. Auch diese Toten sollen nicht vergeblich gestorben sein.

Novemberdemokratie und Landwirtschaft

Für die Wirtschaftspolitik der Novemberdemokratie aber ist es kennzeichnend, daß sie aus dieser Lehre des Weltkrieges ebenso wenig lernte wie aus den anderen Lehren des Weltkrieges. Nach wie vor hielt sie an der alten Vorstellung von der internationalen Arbeitsteilung der Völker fest, obwohl sich nach dem Weltkriege die verschiedenen Nationalwirtschaften immer schärfer gegeneinander abschlossen und sich in jeder Beziehung zu verselbständigen versuchten. Die Industriestaaten stützten und stärkten mit allen Mitteln ihre bisher vernachlässigte Landwirtschaft. Die Agrarländer setzten ihre ganze Kraft daran, eine eigene Industrie aufzubauen und diese durch entschlossene Schutzmaßnahmen gegen fremde Konkurrenz zu schützen. Selbstverständlich nützten sie eifrig jede Gelegenheit aus, die ihnen die Wirtschaftspolitik der deutschen Novemberdemokratie in völliger Verkennung der Lage bot, um ihre überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland abzusetzen; aber sie dachten gar nicht daran, als Gegenleistung in entsprechendem Ausmaße Deutschland seine Industriefabrikate abzukaufen.

So nahmen die landwirtschaftlichen Einfuhren nach Deutschland ein noch nie dagewesenes Ausmaß an, während die deutsche Landwirtschaft mit immer größeren Absatzschwierigkeiten für ihre eigenen Erzeugnisse zu kämpfen hatte, ohne daß es der deutschen Industrie gelang, die im Weltkrieg verlorenen Absatzmärkte zurückzuerobern. Aber selbst dort, wo es gelang, vorübergehende Erfolge zu erringen, ging doch die Rechnung nicht auf; denn die Ausfuhr wurde erkauft durch völlige Zerstörung der Kaufkraft der einheimischen Landwirtschaft, ein Ausfall, der durch die schnell wieder zurückgehenden Ausfuhrsteigerungen einzelner Industriezweige auch nicht annähernd ausgeglichen werden konnte. Wir alle haben das Ergebnis dieser wirtschaftspolitischen Fehlrechnung noch frisch vor Augen: in den Städten ein Millionenheer von Arbeitslosen, auf dem Lande das lawinenartige Anwachsen der Zwangsversteigerungen.

Verbrechen und Dummheit in einer Front

Trotzdem ließ sich die herrschende Novemberdemokratie keines Besseren belehren. In ihr waren blinde Verranntheit in wirklichkeitsfremde Ideologien und verbrecherische Spekulation auf die Ausbeutung des drohenden Chaos ein Bündnis eingegangen, das das deutsche Volk verderben mußte, wenn ihm nicht rechtzeitig die Augen geöffnet wurden. Nur so läßt sich die Erbitterung erklären, mit der der Nationalsozialismus von seinen Gegnern bekämpft wurde, der Hohn und Spott, mit dem alle überschüttet wurden, die auf die nationalpolitische Bedeutung der Nahrungsfreiheit hinwiesen. Sie wurden als Chauvinisten und Kriegshetzer verschrien, als Feinde des friedlichen deutschen Arbeiters beschimpft, als die eigentlichen Urheber der deutschen Wirtschaftsnot hingestellt; denn solange sie noch existierten, könnten die fremden Völker dem deutschen Volke nicht trauen und sich auf eine internationale Arbeitsteilung einlassen.

Es ist der Novemberdemokratie nicht gelungen, das Schuldkonto ihres jämmerlichen Versagens auf den Nationalsozialismus abzuwälzen. Sie hat das Schicksal ereilt, das sie verdient. Die Bilanz ihrer Herrschaft war ein Trümmerfeld auf allen Gebieten. Wir haben gesehen, daß dieses Ergebnis nicht zuletzt auf die völlige Verkennung der Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft zurückzuführen war. Diese Feststellung bestätigt erneut die politische Grundtatsache, daß Bauernschicksal Volksschicksal ist. Rettung des Bauerntums und Beseitigung der Arbeitslosigkeit waren daher auch die beiden ersten großen Aufgaben, an die der Führer nach der Machtübernahme mit seinen Mitarbeitern heranging.

Bauerntum in neuer Sicht

Wir werden uns im folgenden vornehmlich der Rettung des Bauerntums zuwenden; aber wir werden trotzdem sehr bald sehen, wie eng diese beiden Aufgaben zusammenhängen, wie sie sich in vieler Beziehung gegenseitig bedingen, wie das Gelingen der einen auch das Gelingen der anderen fördert; denn die Rettung des Bauerntums war ja für den Nationalsozialismus nicht Selbstzweck, sondern sie geschah in der Erkenntnis, daß ein gesundes Bauerntum die unentbehrliche Lebensgrundlage des deutschen Volkes und Staates ist. Der Führer selbst hat diese Erkenntnis in dem mahnenden Worte zusammengefaßt:

„Alle Schicksalsschläge sind zu überwinden, wenn ein gesundes Bauerntum vorhanden ist",

und damit die verantwortungsschwere Bedeutung der Agrarpolitik gekennzeichnet. Er hat dem Begriff der Agrarpolitik vor allem auch dadurch ein neues Schwergewicht verliehen, indem er neben der Nahrungsversorgung des deutschen Volkes die Bedeutung des Bauerntums als lebenserneuernden Blutsquell der Nation in den Vordergrund des politischen Handelns stellte.

Bauerntod ist Volkstod

Gerade die bevölkerungspolitische Bedeutung des deutschen Bauerntums war von der rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise der Novemberdemokratie so gut wie gar nicht beachtet worden. Für sie war der Bauer lediglich ein Wirtschaftsfaktor, ein Gewerbetreibender, dessen Leistungen zudem, wie wir gesehen haben, ihr leicht ersetzbar schienen. Daß diese Einstellung auf die Dauer zur Verkümmerung der wichtigsten Leistung des Bauerntums für das Volksganze und damit zum Volkstod führen mußte, kam ihren Vertretern überhaupt nicht in den Sinn,

und so zeigten sich denn auch bereits die zersetzenden Folgen dieser Verkennung der lebensgesetzlichen Bedeutung des Bauerntums in einem starken Rückgang der Kinderzahl auf dem Lande, einer Entwicklung, deren verderbliche Wirkung durch die zunehmende Landflucht noch außerordentlich verschärft wurde. Angesichts dieser Entwicklung war es nur ein schwacher Trost, daß die Geburtenzahl auf dem Lande noch immer die der Städte bei weitem übertraf.

Sicherung der bäuerlichen Lebensgrundlage

Es ist kennzeichnend, daß eines der beiden großen Gesetze, die die nationalsozialistische Agrarpolitik einleiteten, das Reichserbhofgesetz vom 1. Oktober 1933, in erster Linie der Sicherung des Bauerntums als Blutsquell der Nation diente. In der Einleitung des Gesetzes wird dies unmißverständlich ausgesprochen, wenn der erste Satz lautet: „Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten." Durch das Reichserbhofgesetz werden die Bauernhöfe vor Ueberschuldung und Zersplitterung im Erbgange geschützt, damit sie — wie der Gesetzgeber ausdrücklich feststellt — „dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben". Die bäuerlichen Erbhöfe, deren Zahl am 1. Oktober 1936 rund 700 000 mit 45 v. H. der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands betrug, sind daher grundsätzlich unveräußerlich, unteilbar, unbelastbar und gegen Zwangsvollstreckung geschützt. Damit ist der Kern der deutschen Landwirtschaft, das Bauerntum, für immer den Einflüssen der kapitalistischen Bodenspekulation entzogen.

Neubildung deutschen Bauerntums

Angesichts der zerstörenden Wirkungen, die das kapitalistische Bodenrecht, das den Boden als beliebig veräußerliche Ware behandelte, bereits ausgeübt hat, begnügt sich aber die nationalsozialistische Agrarpolitik nicht damit, zu retten, was noch zu retten ist. Durch das Reichserbhofgesetz soll darüber hinaus, wie ebenfalls in der Einleitung ausdrücklich betont wird, „auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet". Eine stete Neubildung deutschen Bauerntums durch Aufsiedlung des noch immer stark ausgedehnten Latifundienbesitzes besonders im Osten bildet daher die unerläßliche Ergänzung des Reichserbhofgesetzes, ohne die seine Wirkung nur eine stabilisierende, nicht aber eine neuaufbauende wäre. Das sei in diesem Zusamenhange wenigstens angedeutet.

Bauerntum im Dienste der Nation

Die ernährungswirtschaftliche Bedeutung des Reichserbhofgesetzes wird in seiner begründenden Einleitung nicht besonders hervorgehoben. Das ist erklärlich; denn der Erfüllung der ernährungswirtschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft dienen in erster Linie andere agrarpolitische Maßnahmen des Nationalsozialismus. Aber außer Auge werden sie auch im Reichserbhofgesetz nicht gelassen, bildet doch die nationalsozialistische Agrargesetzgebung ein geschlossenes Ganzes, bei dem eine Maßnahme in die andere greift, eine Maßnahme die andere ergänzt und dadurch erst zu voller Wirkung bringt.

Die Sicherung der Erbhöfe als der Lebensgrundlage der bäuerlichen Familien gibt dem deutschen Bauern die Möglichkeit, seine wirtschaftlichen Fähigkeiten ungehindert zu entfalten. Er kann wieder mit der freudigen Gewißheit schaffen,

daß die Früchte seiner Arbeit auch wirklich seiner Familie zugute kommen. Das Reichserbhofgesetz hat dem deutschen Bauern aber nicht nur die Möglichkeit verschafft, sein Bestes zu leisten, sondern legt ihm auch die Pflicht auf, seine ganze Kraft im Dienst des Volkes einzusetzen. Diese Verknüpfung von Recht und Pflicht ist für das Reichserbhofgesetz kennzeichnend. Es ist alles andere als ein Freibrief auf ein faules Leben; denn das Reichserbhofgesetz schützt nur den Bauern, der seine Pflicht tut. Der nationalsozialistische Grundsatz, daß Eigentum verpflichtet, wird mit eiserner Folgerichtigkeit durchgeführt. Genügen die vorgesehenen milderen Strafmaßnahmen nicht, um den Bauern, der seine Pflicht vernachlässigt, zur Besinnung zu bringen, so scheut das Reichserbhofgesetz auch vor der letzten Konsequenz nicht zurück: Der Bauer, der seinen Hof dauernd gröblich vernachlässigt, hat sein Eigentum verwirkt. Er wird abgemeiert.

Aufbau des Reichsnährstandes

Es bedarf keines besonderen Nachweises, welche Bedeutung diese straffe Indienststellung des Bauern durch das Reichserbhofgesetz für die Erfüllung der ernährungswirtschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft hat, obwohl dieses nur mittelbar diesem Zwecke dient. Die eigentliche Grundlage für den Aufbau und die Ausrichtung der deutschen Ernährungswirtschaft im nationalsozialistischen Sinne bildete das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 13. September 1933, gewöhnlich kurz Reichsnährstandsgesetz genannt.

Um seine Bedeutung richtig zu würdigen, ist es notwendig, noch einmal einen kurzen Blick auf die Vergangenheit zu werfen. Unter der Herrschaft der Novemberdemokratie war, wie wir gesehen haben, die Landwirtschaft in einen scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz zu der gesamten gewerblichen Wirtschaft und ihrer Arbeiterschaft hineinmanöveriert worden. Der Zankapfel waren die Lebensmittelpreise. Die Stellung der Landwirtschaft war bei dieser Auseinandersetzung von vornherein sehr ungünstig, da sie ja nur eine Minderheit im deutschen Volke darstellte, was unter der Herrschaft des parlamentarischen Systems mit „Unrecht haben" so ziemlich identisch war. Die Landwirtschaft war also auf Bundesgenossen angewiesen und suchte diese in den verschiedenen parlamentarischen Parteien.

Von der Parteienzerklüftung zur Einheit

Diese Bundesgenossenschaft ist ihr außerordentlich schlecht bekommen; denn in den seltensten Fällen gelang es, wirklich maßgeblichen Einfluß zu bekommen. Durch das Paktieren mit den verschiedenen Parteien aber wurde die Landwirtschaft in sich aufgespalten, so daß es ihren Gegnern sehr bald gelang, die verschiedenen Kreise der Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen, um so mehr, da die Lehren der Wirtschaftsdemokratie auch in die Landwirtschaft eindrangen und immer stärkeren Einfluß gewannen. Selbst bei den Parteien, wo es der Landwirtschaft gelang, wenigstens zeitweise maßgeblichen Einfluß zu erlangen, mußte dieser Einfluß doch immer wieder durch gefährliche Kompromisse erkauft werden, ganz abgesehen davon, daß diese Parteien ihr Bündnis mit der Landwirtschaft regelmäßig zu einem Monopolanspruch ausnutzten, der entweder die Landwirtschaft im Parlament wiederum isolierte oder den Zwiespalt innerhalb der Landwirtschaft noch verschärfte. So führte das Paktieren der Landwirtschaft mit dem Parlamentarismus nur zu einer Uebertragung der parlamentarischen Zerrissenheit auf die Landwirtschaft. Hinzu kam, daß sich die Regierung in den Landwirtschaftskammern ein Instrument geschaffen hatte, das sie nicht ohne Erfolg als Waffe gegen unbequeme agrarpolitische Richtungen zu handhaben wußte. Ein getreues Spiegelbild dieser Uneinigkeit war der land-

wirtschaftliche Organisationswirrwarr, den der Nationalsozialismus bei der Machtübernahme vorfand.

Angesichts dieser Zerrissenheit war die Landwirtschaft ohne einen gründlichen Umbau ihrer Standesorganisation, der fast einem völligen Neubau gleichkam, ganz unfähig zur Bewältigung der großen Aufgaben, die ihr die nationalsozialistische Agrarpolitik im Kampfe um die deutsche Nahrungsfreiheit stellen mußte. Der Nationalsozialismus mußte sich also erst das Instrument schaffen, das geeignet war, seine Ziele zu verwirklichen.

Der „agrarpolitische Apparat" der NSDAP. als Vorkämpfer

Das erkannte der Führer schon lange vor der Machtübernahme und handelte entsprechend. Sozusagen die Grundsteinlegung des notwendigen Aufbauwerkes war die Bildung des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP. im Jahre 1930 durch den Reichsbauernführer R. Walther Darré. In ihm wurde ein einsatzfähiges und stets einsatzbereites Führerkorps geschaffen, das in der Lage war, das durch die alles mitreißende Kraft der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung geeinte Bauerntum seinen ureigenen Aufgaben zuzuführen. Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Bauerntum die Augen für die Tatsache geöffnet, daß nur eine radikale Wendung der deutschen Gesamtpolitik eine Wendung des deutschen Bauernschicksals bewirken könne. Diese Erkenntnis, die jeden Kompromiß als zersetzendes Gift entlarvte, war die einende Kraft, die das bisher so zerspaltene Bauerntum zusammenschweißte, schon bevor die trennenden Schranken der alten Organisationen gefallen waren. Mit der Machtübernahme nach dem endgültigen Siege des Nationalsozialismus fielen diese Schranken infolge der Gewalt der bereits vollzogenen Tatsachen von selbst. Daran konnten auch einzelne widerstrebende Organisationssyndici, die ihre bereits verlorene Position möglichst teuer zu verkaufen versuchten, nichts mehr ändern.

Das Einigungswerk

Am 4. April 1933 wurde unter Führung Darrés die „Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauerntums" gegründet, die die wichtigsten berufsständischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft vereinigte. Am 19. April übernahm Darré die Präsidentschaft des „Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen e. V.". Am 12. Mai 1933 wurde ihm das Präsidium des „Deutschen Landwirtschaftsrates", der Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern, übertragen, und am 20. Mai erhielt er die Führung des „Deutschen Landhandelsbundes". So war die Einigung der deutschen Landwirtschaft innerlich und äußerlich bereits vollzogen und damit die wichtigste Voraussetzung für ihre Einsatzfähigkeit im Dienste der deutschen Ernährungswirtschaft geschaffen, als die Ernennung Darrés zum Reichsernährungsminister diesem auch die Möglichkeit gab, durch das Reichsnährstandsgesetz die vollzogene Einigung auch gesetzlich zu festigen und zu unterbauen.

Zusammenfassung aller der Ernährung dienenden Kräfte

Der so gegründete Reichsnährstand aber hat — das kann von vornherein festgestellt werden — mit den berufsständischen Interessentenverbänden, die für den Wirtschaftsliberalismus kennzeichnend sind, nicht das geringste zu tun. Ebenso wie für die nationalsozialistische Agrarpolitik die Förderung der Landwirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, ebenso ist auch der Reichsnährstand nicht Selbstzweck, sondern Werkzeug für die Erfüllung dieser Aufgabe. Das will schon sein Name besagen. In der Tatsache aber, daß für den Aufbau des Reichsnährstandes die Aufgabe der Er-

nährungssicherung ausschlaggebend war, lag auch gleichzeitig die Notwendigkeit begründet, sich nicht nur auf die einheitliche Ausrichtung der Landwirtschaft zu beschränken, sondern alle Kräfte zu erfassen, die der Ernährung des deutschen Volkes dienen, also auch Bearbeiter, Verarbeiter und Verteiler.

Diese Zusammenfassung zu gemeinsamer Arbeit war um so notwendiger, als unter der Herrschaft der Novemberdemokratie der systematische Druck auf die Lebensmittelpreise dazu geführt hatte, daß die verschiedenen Glieder der Ernährungswirtschaft versuchten, nach Möglichkeit diesen Preisdruck von sich selbst auf die anderen Beteiligten abzuwälzen, um sich auf diese Weise wenigstens ein bescheidenes Existenzminimum zu sichern. Hinzu kam, daß besonders ein Teil des Großhandels, von seinem privatwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, an dem Absatz der fremden landwirtschaftlichen Einfuhren viel stärker interessiert war als an dem der einheimischen Erzeugnisse. Diese Interessengegensätze trugen natürlich außerordentlich dazu bei, die Anarchie auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft ins Unentwirrbare zu steigern.

Jeder, der hier Ordnung schaffen wollte, mußte also zunächst einmal dieses Gegeneinander beseitigen und für eine gedeihliche Zusammenarbeit durch Zusammenfassung der widerstrebenden Kräfte sorgen. Dann erst konnte er an die Sache selbst, die Sicherung der deutschen Ernährung, herangehen. Auch diese Voraussetzung schuf das Reichsnährstandsgesetz, indem es alle Zweige der deutschen Ernährungswirtschaft im Reichsnährstand zusammenfaßte.

Man kann hier die Frage aufwerfen, warum nicht die staatliche Verwaltungsapparatur verwandt wurde, um die ernährungspolitischen Sicherungen des deutschen Volkes durchzuführen. Dazu muß gesagt werden, daß es eine einheitliche staatliche landwirtschaftliche Verwaltung im Jahre 1933 noch nicht gab. Zum andern aber kann es nach nationalsozialistischer Auffassung gar nicht die Aufgabe des Staates sein, die Tatkraft und Initiative von Millionen selbsttätiger Kräfte durch die Verwaltung des Staates zu ersetzen und beispielsweise Millionen von Bauern durch den staatlichen Verwaltungsapparat zu Befehlsempfängern ohne eigene Entschluß- und Tatkraft herabzudrücken.

Wohin solche Experimente führen, zeigen die Beispiele Amerikas und Sowjetrußlands, die beide, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen, dabei zu einem Staatskapitalismus kamen, der die landwirtschaftlichen Probleme einfach nicht zu meistern vermochte.

Sicherung der Ernährung aus eigener Scholle

Sicherung der Ernährung bedeutet aber für Deutschland angesichts seiner Lage in Mitteleuropa, die es im Kriegsfalle dem Feinde nur zu leicht möglich macht, jede Lebensmitteleinfuhr von Uebersee abzuriegeln, Deckung des zum Leben unbedingt notwendigen Nahrungsmittelbedarfs aus heimischer Scholle. Diese Ungunst der Lage können auch eine starke Kriegsflotte und ein reicher Kolonialbesitz nicht entscheidend ändern. Aber selbst wenn man von der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen zunächst einmal ganz absieht, so bedeutet doch die Abhängigkeit der Ernährung von fremden Lebensmitteleinfuhren stets ein Druckmittel in der Hand des Auslandes, das sich zum mindesten in einem starken Einfluß auf die Preisbildung der Lebensmittel, d. h. auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse äußert. Eine Regierung, die soziale Harmonie und sozialen Frieden ernsthaft erstrebt, muß daher darauf bedacht sein, diesen Störungsfaktor nach Möglichkeit auszuschalten. Auf jeden Fall aber bedeutet Angewiesensein auf fremde Lebensmitteleinfuhren, daß diese sich nicht nach dem wirklichen Bedarf des Einfuhrlandes, sondern nach den Interessen des

Ausfuhrlandes richten, und beide werden um so schwerer in Uebereinstimmung zu bringen sein, je größer der Grad der Abhängigkeit des Einfuhrlandes ist.

Die Sünden der Systemzeit

Es ist kennzeichnend für die verderbliche Schwächlichkeit und Kurzsichtigkeit der Novemberdemokratie, daß sie gegenüber diesen Tatsachen eine Vogelstraußpolitik getrieben hat, die sich durch keine noch so bittere Erfahrung belehren ließ. Das unentwegte Festhalten an dem liberalen Ideal der freien Marktwirtschaft führte zu einer Vorherrschaft des Spekulantentums auf dem Lebensmittelmarkte, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf die Dauer tödlich lähmen mußte. Mit Hilfe der fremden Lebensmitteleinfuhren war der Spekulant jederzeit in der Lage, die Preise in seinem Sinne zu regulieren. So ergab sich der widersinnige Zustand, daß der deutsche Bauer nichts stärker fürchten mußte als gute Ernten. Ihr Auftreten pflegt sich ja in den allerseltensten Fällen auf Deutschland allein zu beschränken, so daß in guten Erntejahren fast immer ein stark erhöhtes Ausfuhrbedürfnis der landwirtschaftlichen Ueberschußländer zu verzeichnen ist. Diese Situation pflegte die Lebensmittelspekulation sofort zu einem so verschärften Druck auf die einheimischen Erzeugerpreise auszunutzen, daß dem Landwirt der Segen der Natur und der Lohn seiner Arbeit in nichts zerrann.

Freie Marktwirtschaft als Tummelplatz des Spekulantentums

Dieses Beispiel zeigt aber gleichzeitig, daß für die freie Marktwirtschaft der volkswirtschaftliche Bedarf an Lebensmitteln keine entscheidende Rolle spielte. Nach der liberalen Wirtschaftsauffassung regelt bekanntlich das freie Spiel von Angebot und Nachfrage die Preise. Dieses angebliche wirtschaftliche Naturgesetz, das geradezu zum Abc der liberalen Wirtschaftslehre gehört, verbirgt den Pferdefuß des Spekulanten in selten raffinierter Weise; denn was liegt näher als anzunehmen, daß Nachfrage und Bedarf zwei entsprechende Begriffe sind, daß die Nachfrage stets durch den Bedarf bestimmt wird. Das angeführte Beispiel aber beweist, daß in Wirklichkeit das Verhältnis von Nachfrage und Angebot in der freien Marktwirtschaft von den Geschäftsinteressen des Spekulanten entscheidend beeinflußt werden kann, so daß der wirkliche Bedarf kaum noch eine Rolle spielt, und die Erfahrungen gerade der Nachkriegszeit lehren, daß es der Spekulation stets ein leichtes war, je nach ihrem Geschäftsinteresse eine künstliche Verknappung ebenso wie ein künstliches Ueberangebot hervorzurufen.

Der Lebensmittelspekulant hat sich allerdings von jeher in der Rolle des sozialen Wohltäters für den Verbraucher gefallen, indem er für sich in Anspruch nahm, den Verbraucher auf das billigste mit Lebensmitteln zu versorgen und so mittelbar zur Hebung seiner Lebenshaltung beizutragen. Um diese Behauptung zu widerlegen, braucht nicht erneut die Frage geprüft zu werden, die schon an anderer Stelle dieser Schrift beantwortet worden ist, nämlich ob eine Verbilligung der Lebensmittel, die so weit geht, daß sie den Bauern um den Lohn seiner Arbeit bringt, nicht in Wirklichkeit auch durch den Verbraucher selbst sehr teuer bezahlt werden muß, weil sie die Kaufkraft der Landwirtschaft, d. h. eines der Grundpfeiler des Binnenmarktes, zerstört. Was die große Mehrzahl der Verbraucher, d. h. vor allem die städtische Arbeiterschaft, auf der einen Seite an Ausgaben für Lebensmittel bestenfalls einspart, verliert sie auf der andern Seite durch den Ausfall an Verdienstmöglichkeiten, die eine kaufkräftige Landwirtschaft Industrie und Gewerbe gibt.

Spekulation und Lebensmittelpreise

Ganz abgesehen von dieser Tatsache aber ist die Behauptung möglichst billiger Versorgung durch die freie Marktwirtschaft eine jener Halbwahrheiten, die sich viel schlimmer auswirkt als eine ausgewachsene Unwahrheit, auf die, weil sie allen Erfahrungen offensichtlich widerspricht, niemand so leicht hereinfällt. Diese Behauptung trifft doch höchstens für die Zeiten verschärften Preisdruckes infolge künstlich herbeigeführten Ueberangebotes zu. Aber gerade in diesen Zeiten konnte man regelmäßig beobachten, daß die Kleinverkaufspreise, die der Verbraucher zahlen mußte, dem Sturz der Erzeugerpreise, die der Bauer erhielt, unter den verschiedensten Vorwänden nur zögernd folgten. Schon aus dieser Tatsache ergaben sich in der Regel erhebliche Spekulationsgewinne auf Kosten der Verbraucher.

Genau umgekehrt war die Situation, wenn künstliche Verknappungen zu einem Emporschnellen der Erzeugerpreise führten. Dann eilten die Verbraucherpreise dieser Aufwärtsbewegung nach Möglichkeit voraus, so daß sich auch aus dieser Entwicklung wiederum erhebliche Spekulationsgewinne auf Kosten der Verbraucher ergaben. Vor allem aber gelang es der Spekulation, bei dem steten, bewußt geförderten Wechsel der Konjunkturen die in Zeiten des Preisdruckes aufgekauften Vorräte regelmäßig in den Zeiten der Teuerung mit vervielfachtem Profit abzusetzen. Je schneller also die Konjunkturen wechselten, je heftiger die Preise schwankten, um so größer waren die Spekulationsgewinne, um so mehr mußten Erzeuger und Verbraucher draufzahlen, während der ehrliche Kaufmann diesem Treiben machtlos gegenüberstand.

Das Preisdiktat der Börse

Es ist kennzeichnend, daß auch diese Zwickmühle der Konjunkturen durch die liberale Wirtschaftslehre eine „naturgesetzliche" Erklärung und Rechtfertigung fand. Wenn man ihr folgte, so war der Wechsel der Konjunkturen nur eine zwangsläufige Folge des wechselnden Ernteausfalles und des damit verbundenen wechselnden Angebotes, etwa wie der Blitz dem Donner folgt. In Wirklichkeit aber beruhte der Wechsel der Konjunkturen auf einer raffinierten, auch vor bewußten Täuschungen nicht zurückschreckenden Stimmungsmache (wissenschaftlich ausgedrückt: „Meinungsbildung"), die nach dem Rezept arbeitete, schlechte Ernten noch schlechter, gute Ernten noch besser erscheinen zu lassen, um auf diese Weise aus jeder Situation ein besonderes Spekulationsgeschäft zu machen. Der Mittelpunkt dieser spekulativen Wettermacherei waren vor allem die großen Produktenbörsen, und man versteht es durchaus, wenn einer der Vorkämpfer gegen diese Machenschaften, Gustav Ruhland, die Getreidebörse geradezu als eine Spielhölle des Teufels bezeichnete, in der das Brotgetreide als Einsatz galt. Das war in der Tat das wahre Gesicht der freien Marktwirtschaft, deren vornehmstes Werkzeug ja die Produktenbörse war.

Die soziale Bedeutung stetiger Lebensmittelpreise

Ihr standen die wohlverstandenen Interessen der Verbraucher in Wirklichkeit in jeder Beziehung entgegen. Im Wesen der freien Marktwirtschaft liegt ein ständiger Wechsel von Konjunkturen mit einem raschen Auf und Ab der Preisentwicklung. Im Interesse des Verbrauchers aber liegen stetige Preise auf mittlerer Höhe; denn sie allein ermöglichen eine geordnete Hauswirtschaft, indem sie den Löhnen eine gleichbleibende Kaufkraft sichern. Diese aber ist eine wichtige Voraussetzung für Anschaffungen auf lange Sicht, für die Bildung von Sparkapital, kurz für eine zwar langsame, aber sichere Hebung der

Lebenshaltung. Stetige Preise ermöglichen vor allem der Hausfrau, ihre hauswirtschaftlichen Talente zu entfalten, und da der größte Teil des deutschen Volkseinkommens durch ihre Hände geht, ist gerade dieser Umstand von besonderer Wichtigkeit.

Nun lassen sich allerdings nicht bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Preisschwankungen im Laufe eines Jahres vermeiden. Das gilt besonders von allen Erzeugnissen, deren Erzeugung jahreszeitlich gebunden ist und die, leicht verderblich, verhältnismäßig hohe Konservierungskosten erfordern, also beispielsweise von Obst und Gemüse. Aber auch bei diesen Erzeugnissen ist es wenigstens möglich, durch Ausschaltung aller spekulativen Einflüsse für eine klar übersichtliche, der Hausfrau verständliche Preisentwicklung zu sorgen, die die Hausfrau zur Vorratsbildung anreizt und ihr diese ermöglicht.

Hinzu kommt, daß es sich bei diesen leicht verderblichen Saisonerzeugnissen nicht um unbedingt zur Ernährung notwendige Lebensmittel handelt. Sie lassen sich ohne große Opfer eine Zeitlang entbehren. Die Grundlagen der Ernährung bestehen vielmehr aus Erzeugnissen, deren Produktion sich trotz naturbedingter Saisonschwankungen über das ganze Jahr verteilen läßt oder deren Lagerungsfähigkeit eine stetige Preisbildung ermöglicht, allerdings immer unter der Voraussetzung — das kann nicht oft genug betont werden —, daß die einheimische Landwirtschaft imstande ist, aus eigener Erzeugung den Bedarf zu decken.

Die Bedeutung stetiger Preise für den Bauern

Ebenso günstig wie für den Verbraucher wirken sich aber auch für die landwirtschaftlichen Erzeuger stetige Preise aus. Eine echte Demokratie, die den Anspruch der Herrschaft des Volkswohles mit Recht erheben könnte, hätte alles tun müssen, um diese natürliche Verbundenheit zu stärken. Die Wirtschaftspolitik der Novemberdemokratie aber tat alles, diese Verbundenheit in eine scheinbar unüberbrückbare Gegnerschaft zu verwandeln. Daß für die Landwirtschaft die Beseitigung des jeden Arbeitsgewinn zerstörenden Preisdruckes bei guten Ernten geradezu die Befreiung ihrer Schaffenskraft bedeutet, braucht nicht erst lang und breit bewiesen zu werden. So bleibt lediglich die Frage zu prüfen, ob nicht die Ausnutzung des Ansteigens der Preise bei schlechten Ernten ein für den Landwirt unentbehrlicher Ausgleich für deren mengenmäßigen Minderertrag ist.

Bei Beantwortung dieser Frage muß zunächst, falls das noch nötig sein sollte, der Aberglaube zerstört werden, als ob dieser Ausgleich unter dem Zeichen der freien Marktwirtschaft wirklich stattgefunden hätte. Gewiß pflegten bei schlechten Ernten die Preise stark und — wie wir gesehen haben — weit über das Maß hinaus anzusteigen, das nach dem angeblichen Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage gerechtfertigt gewesen wäre. Es fragt sich nur, ob die Landwirte wirklich einen diesem Preisanstieg entsprechenden Nutzen hatten. Das muß entschieden verneint werden; denn infolge der hohen kurzfristigen Verschuldung der Landwirtschaft war die Spekulation weitgehend in der Lage, dem Landwirt den Verkaufstermin seiner Erzeugnisse vorzuschreiben.

So sorgte sie in der Regel dafür, daß auch bei schlechten Ernten unmittelbar nach ihrer Einbringung ein künstliches „Ueberangebot“ entstand, weil die Landwirte, um ihre drängenden Gläubiger zu befriedigen, so schnell wie möglich Geld brauchten. Dieses „Ueberangebot“ ging zwar bald vorüber; aber es genügte, um einen Preisdruck auszuüben, der den Landwirt um seinen erhofften Vorteil brachte und die Ausnutzung der später um so stärker ansteigenden Preise einzig und allein dem Spekulanten verschaffte.

Sicherung einer geordneten Betriebsführung

Aber auch wenn man von dieſem beſonderen, für die Nachkriegszeit kennzeichnenden Umſtande abſieht, ſo muß doch feſtgeſtellt werden, daß für den Landwirt ſtetige Preiſe auf mittlerer Höhe das Geſündeſte ſind. Den zweifellos notwendigen Ausgleich für den Ertragsausfall bei geringen Ernten erbringen bei ſtetigen Preiſen die höheren Einnahmen bei guten Ernten, die um ſo wichtiger für den Landwirt ſind, als bei freier Marktwirtſchaft, wie wir bereits geſehen haben, bei guten Ernten infolge des Preisdruckes der Spekulation der Preisſturz regelmäßig weſentlich tiefer war, als er durch das Ernteergebnis allein ſich erklären ließ. Damit vollzieht ſich gleichzeitig eine Art ſozialen Ausgleiches zwiſchen Erzeuger und Verbraucher: Der Verbraucher verzichtet bei guten Ernten auf den Vorteil der Preisſenkung, der Erzeuger bei ſchlechten Ernten auf die Ausnutzung des Preisanſtieges. Außerdem aber iſt für den Landwirt in den meiſten Fällen auch innerhalb eines Wirtſchaftsjahres ein gewiſſer Ausgleich inſofern gegeben, als bei der Eigenart der klimatiſchen Verhältniſſe Deutſchlands in den ſeltenſten Fällen Mißernten bei allen Feldfrüchten gleichzeitig auftreten. So pflegen beiſpielsweiſe ſchlechte Brotgetreideernten faſt regelmäßig mit guten Kartoffelernten zuſammenzufallen.

Das Wichtigſte aber iſt, daß ſtetige Preiſe dem Landwirt eine Betriebsführung auf lange Sicht ermöglichen, und das iſt eine der entſcheidenden Vorausſetzungen für eine zielbewußte Betriebsverbeſſerung, für eine ſtarke Produktionsſteigerung unter gleichzeitiger Anpaſſung der Erzeugung an den vorhandenen Bedarf, eine der wichtigſten Aufgaben der Landwirtſchaft, auf die wir noch in anderem Zuſammenhange näher eingehen müſſen.

Die Aufgaben der Marktordnung

So ſind möglichſt ſtetige Preiſe das Wünſchenswerteſte für Erzeuger und Verbraucher, das Gedeihlichſte für eine geſunde Volkswirtſchaft. Für eine Spekulation, wie ſie das Kennzeichen der freien Marktwirtſchaft iſt, laſſen ſie allerdings keinen Raum. Durch die Zuſammenfaſſung aller der Ernährung des deutſchen Volkes dienenden Wirtſchaftskreiſe im Reichsnährſtand iſt es der nationalſozialiſtiſchen Agrarpolitik möglich geweſen, mit Nachdruck an die Verwirklichung dieſes Zieles heranzugehen. An die Stelle der freien Marktwirtſchaft, die ſo lange der Tummelplatz einer nur den eigenen Nutzen kennenden Spekulation geweſen iſt, trat eine ſtraffe Marktordnung, die geleitet wird von den volkswirtſchaftlichen Lebensnotwendigkeiten und dem Gedanken der ſozialen Gerechtigkeit.

Durch die Marktordnung ſoll der deutſchen Ernährungswirtſchaft vor allem die Löſung folgender Aufgaben ermöglicht werden:

a) **Ueberſchaubarkeit des Bedarfs und der Erzeugung,**
b) **Ausrichtung der Erzeugung nach dem wirklichen Bedarf und Anpaſſung des Verbrauchs an die deutſchen Erzeugungsmöglichkeiten,**
c) **wirtſchaftlichſte Lenkung der Erzeugung zu den Bedarfsſtätten,**
d) **Ausſchaltung aller Schwankungen und Störungen am Markte,**
e) **gleichbleibende Preiſe auf mittlerer Linie für alle lebenswichtigen Nahrungsmittel.**

Träger der Marktordnung ſind die Marktverbände des Reichsnährſtandes (Hauptvereinigungen, Wirtſchaftsverbände, Wirtſchaftliche Vereinigungen). Die Hauptvereinigungen umfaſſen Erzeuger, Bearbeiter und Verarbeiter ſowie die Verteiler der verſchiedenen Zweige der Ernährungs-

wirtschaft. Es sind insgesamt zehn, und zwar je eine Hauptvereinigung für die Getreide- und Futtermittelwirtschaft, Milchwirtschaft, Viehwirtschaft, Eierwirtschaft, Zuckerwirtschaft, Kartoffelwirtschaft, Gartenbauwirtschaft, Weinbauwirtschaft, Brauwirtschaft und Fischwirtschaft. Für die Regelung der landwirtschaftlichen Einfuhren nach dem volkswirtschaftlichen Bedarf sorgen fünf Reichsstellen.

Wirtschaftliche Gesundung der Landwirtschaft

Durch die nationalsozialistische Marktordnung der deutschen Ernährungswirtschaft ist es gelungen, der deutschen Bauernarbeit, die so lange Fronarbeit unter dem Druck eines ausbeuterischen Spekulantentums gewesen ist, wieder ihren gerechten Lohn zu verschaffen, ohne daß der Verbraucher unerträglich belastet wird. Die zusammengeschrumpften Verkaufserlöse der Landwirtschaft, die zudem in immer stärkerem Maße von den wachsenden Schulden und Zinsen aufgezehrt wurden, stiegen langsam, aber ständig wieder an, wie folgende Uebersicht beweist.

Verkaufserlöse der Landwirtschaft in Milliarden Reichsmark:

Jahr	Mrd. RM	Jahr	Mrd. RM
1928/29	10,2	1933/34	7,4
1929/30	9,8	1934/35	8,3
1930/31	8,6	1935/36	8,6
1931/32	7,4	1936/37	8,9
1932/33	6,4	1937/38	9,5

Diese Steigerung der Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft hat sich volkswirtschaftlich außerordentlich günstig ausgewirkt; denn der Mehrerlös ist von dem deutschen Bauern zum größten Teil zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugungskraft ausgenutzt worden. Das war nicht nur für die Sicherung der deutschen Nahrungsversorgung außerordentlich wichtig, sondern auch für die Belebung des Binnenmarktes bedeutungsvoll, bildete doch der Mehraufwand an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln aller Art eine Quelle der Arbeitsbeschaffung, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich beitrug. So wirkte sich die wirtschaftliche Wiedererstarkung des Bauerntums in einer Mobilisierung der bäuerlichen Leistungsfähigkeit zum Nutzen der Volksgesamtheit aus.

Belebung des Binnenmarktes

Einige Beispiele mögen diese Tatsache näher beleuchten. Die Ausgaben der deutschen Landwirtschaft für künstliche Düngemittel betrugen in Millionen Reichsmark:

Jahr	Mill. RM	Jahr	Mill. RM
1932/33	522	1935/36	737
1933/34	567	1936/37	708
1934/35	631	1937/38	733

Diese Zahlen spiegeln aber die wirkliche Steigerung des Kunstdüngerverbrauches nur unvollkommen wieder, da im Rahmen des Vierjahresplanes die Preise für künstliche Düngemittel wesentlich gesenkt wurden, so daß der Bauer für das gleiche Geld größere Mengen erhielt. Im einzelnen stieg der Verbrauch seit 1933 beim Stickstoff um 80 v. H., bei Phosphorsäure um 74 v. H. und bei Kali um 86 v. H. Diese Entwicklung wird die notwendige Erzeugungssteigerung im Dienste der deutschen Selbstversorgung auch in Zukunft stark fördern.

Noch stärker gestiegen sind die Ausgaben der deutschen Landwirtschaft für Maschinen und Geräte. Sie betrugen in Millionen Reichsmark:

Jahr	Mill. RM	Jahr	Mill. RM
1932/33	136	1935/36	356
1933/34	177	1936/37	412
1934/35	256	1937/38	463

Der Absatz der deutschen Landmaschinenindustrie, deren Verkauf im Inland im Jahre 1932/33 einen Wert von 90 Millionen RM hatte, ist im Jahre 1935/36 bereits auf 250 Millionen RM gestiegen und dürfte inzwischen, soweit die Rohstoffverhältnisse hier keine Schwierigkeiten bereiten, im Laufe der Zeit noch weiter gestiegen sein.

Insgesamt stiegen also die Ausgaben für Maschinen und Geräte um nicht weniger als 140 v. H. Daneben erfolgte eine starke Verbesserung der Wirtschaftsbauten (Scheunen, Ställe usw.). Die Aufwendungen der deutschen Landwirtschaft für diese Betriebsverbesserung beliefen sich im einzelnen für

	Wohnungs- und Wirtschaftsbauten	Gebäudeunterhaltung	Unterhaltung der Betriebseinrichtung
	(in Millionen Reichsmark)		
1932/33	157	203	475
1933/34	181	217	514
1934/35	204	227	581
1935/36	206	223	697
1936/37	229	242	784
1937/38	262	255	(noch nicht ermittelt)

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, daß die Besserung der wirtschaftlichen Lage eine Leistungssteigerung der landwirtschaftlichen Betriebe als natürliche Folge mit sich brachte.

Die Steigerung der Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft, die demnach einen wesentlichen Beitrag zur Belebung des deutschen Binnenmarktes geleistet hat und auch für die Zukunft leisten wird, ist dennoch nicht wesentlich zu Lasten des deutschen Verbrauchers erfolgt. Es gelang der nationalsozialistischen Marktordnung, die volkswirtschaftlich wichtigen Lebensmittelpreise stabil zu halten. Während es uns gelang, den Brotpreis in den Jahren 1933 bis 1937 unbedingt stabil zu halten und damit die feste Grundlage für die nationalsozialistische Lohnpolitik zu schaffen, war der Brotpreis im Auslande erheblichen Steigerungen unterworfen. So stieg zum Beispiel in der Schweiz der Brotpreis von 1933 bis 1937 um 14 v. H., in den Vereinigten Staaten stieg er um 17 v. H., in Kanada um 25 v. H., in England um 27 v. H., in Dänemark um 32 v. H. In Frankreich stieg der Brotpreis um 31 v. H. Mit diesen Zahlen ist bewiesen, daß die Stabilität des Brotpreises bei uns ausschließlich auf nationalsozialistische Maßnahmen zurückgeht. Der Butterpreis stieg in der Zeit seit 1933 in Kanada um 15 v. H., in Dänemark um 24 v. H., in den Vereinigten Staaten sogar um 53 v. H., während er in Frankreich allein in den letzten beiden Jahren um 27 v. H. gestiegen ist. In Deutschland dagegen ist es seit 1934 gelungen, den Butterpreis auf dem gleichen Stande zu halten. Während in Deutschland der Schweinefleischpreis durch Jahre hindurch stabil geblieben ist, stieg dieser seit 1933 in Dänemark um 35 v. H., in Kanada um 44 v. H., in den Vereinigten Staaten um 69 v. H. und in Frankreich allein in den Jahren 1935 bis 1937 um 90 v. H. Aehnliche Vergleiche lassen sich über die Preise von Zucker, Kartoffeln und Fett aufstellen.

Aufgaben der Erzeugungsschlacht

Diese natürliche Belebung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit galt es zu verstärken und auf die volkswirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes auszurichten. Das war die Aufgabe der Erzeugungsschlacht, die Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister R. Walther Darré auf dem Reichsbauerntag zu Goslar im November 1934 ankündigte und einleitete. Durch die nationalsozialistische Marktordnung war dem Bauern die sichere Gewißheit verschafft worden, daß seine Arbeit in Zukunft den ihr gebührenden gerechten Lohn

finden werde, daß insbesondere Produktionssteigerungen, wenn sie den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprachen, auch eine dieser Mehrleistung entsprechende Einnahmesteigerung erzielen würden.

Leistungssteigerung

Diese Leistung für den Bauern gab aber dem Nationalsozialismus seinerseits das gute Recht, von dem deutschen Bauern entsprechende Gegenleistungen zu fordern, und die Erzeugungsschlacht beweist, daß der Nationalsozialismus keinen Augenblick zögerte, von diesem guten Rechte zum Nutzen der Volksgesamtheit Gebrauch zu machen. Wiederum zeigt sich, daß der Schutz des deutschen Bauern, die Sicherung der deutschen Landwirtschaft nicht Selbstzweck war, sondern Mittel, um den Gesundungsprozeß des deutschen Volkes zu fördern und zu sichern. Damit erledigte sich auch der gelegentlich auftauchende Einwand, der in der nationalsozialistischen Agrarpolitik eine einseitige und daher schädliche Bevorrechtigung des Bauerntums und der Landwirtschaft sah; denn das Sonderrecht — zweifellos handelt es sich um ein solches —, unter das das deutsche Bauerntum gestellt wurde, diente ja der Erfüllung besonderer Aufgaben, die ohne dieses Sonderrecht nicht geleistet und daher auch dem Bauern nicht zur Pflicht gemacht werden konnten. Recht und Pflicht bildeten also auch in diesem Falle eine unlösliche Einheit, und dieser Zusammenklang von Recht und Pflicht ist es gerade, der den Erfolg der nationalsozialistischen Agrarpolitik sicherte.

Keine Notstandsmaßnahme

Bemerkenswert ist aber vor allem auch der Zeitpunkt, zu dem die Erzeugungsschlacht eingeleitet wurde. Eine mehrjährige Aufeinanderfolge guter Erntejahre hatte bewirkt, daß ein Ueberfluß von einheimischen Lebensmitteln vorhanden war und die Mangelerscheinungen vergangener Jahre so gut wie vergessen waren. Diese Tatsachen führten dazu, daß 1934 so manchem der Aufruf zur Erzeugungsschlacht, ihre Forderung der Erzeugungssteigerung eigentlich recht überflüssig erschien. Aber die nationalsozialistische Agrarpolitik ließ sich nicht — das ist ein Lob, das sie für sich beanspruchen kann — von den Erfordernissen des Augenblicks leiten, sondern traf ihre Maßnahmen auf lange Sicht. Sie ließ sich durch die Gunst der augenblicklichen Lage nicht dazu verleiten, mit ihr als einem ständigen Hilfsfaktor zu rechnen. Wer konnte dafür bürgen, daß sie anhielt? Sondern die nationalsozialistische Agrarpolitik handelte von vornherein so, als ob diese Voraussetzungen, die ja außerhalb ihrer Einflußmöglichkeiten lagen, nicht gegeben seien. Wie recht sie mit dieser Einstellung hatte, zeigte sich sehr bald, als in den Erntejahren 1935 und 1936 die Brotgetreideernten weniger günstig ausfielen.

Der Anlaß zur Erzeugungsschlacht lag also nicht in besonderen Notständen, wenn auch die nationalsozialistische Agrarpolitik stets mit ihnen rechnete, der entscheidende Grund ergab sich vielmehr aus der allgemeinen mißlichen Ernährungslage, wie sie sich unter dem Einfluß des Wirtschaftsliberalismus schon in der Vorkriegszeit herausgebildet und durch die Wirtschaftspolitik der Novemberdemokratie außerordentlich verschärft hatte. Eine Aufeinanderfolge guter Erntejahre konnte zwar diesen gefahrvollen Tatbestand zeitweise verschleiern, aber nicht grundlegend verändern.

Die Lücken der Nahrungsversorgung

Das starke Ansteigen der fremden landwirtschaftlichen Einfuhren hatte vor allem dazu geführt, daß sich die deutsche Viehwirtschaft immer stärker auf der Verfütterung ausländischer Futtermittel aufbaute, während die natürliche deutsche

Futtermittelgrundlage nur ungenügend ausgenutzt wurde und auf diese Weise immer mehr verkümmerte. Die starken ausländischen Brotgetreideeinfuhren führten außerdem dazu, daß besonders in guten Erntejahren die deutsche Landwirtschaft gezwungen war, einen wesentlichen Teil ihrer eigenen Brotgetreideernte zu verfüttern, um ihn wenigstens auf diese Art verwerten zu können. Die Folge dieser Entwicklung war eine steigende mittelbare Abhängigkeit der deutschen Fleisch-, Milch- und Fettversorgung vom Auslande.

Unter dem Druck der steigenden landwirtschaftlichen Einfuhren waren ferner eine Reihe landwirtschaftlicher Betriebszweige, die für die deutsche Lebensmittel-, aber auch für die deutsche Rohstoffversorgung sehr wichtig waren, so gut wie erledigt. Fast völlig vernichtet war beispielsweise bei der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus der einst so ausgedehnte und ertragreiche Oel- und Faserpflanzenanbau. Die Anbaufläche von Raps und Rübsen war von 177 000 ha im Jahre 1878 auf 5000 ha im Jahre 1933 zurückgegangen. In dem gleichen Zeitraum ging die Anbaufläche von Flachs von 132 000 ha auf 5000 ha zurück, die von Hanf von 21 000 ha auf nur noch 200 ha. Die Zahl der Schafe sank von 28 Millionen auf 3,4 Millionen. Auf diese Weise wurde Deutschland in seiner Versorgung mit Wolle zu 95 v. H. vom Auslande abhängig. Daß dieser Rückgang natürlich auch auf die deutsche Fleischversorgung starken Einfluß hatte, bedarf keines besonderen Nachweises. Gerade die letzten Beispiele zeigen, daß die Aufgaben der Erzeugungsschlacht zu ihrer Lösung zäher *Arbeit auf lange Sicht* bedürfen.

Infolge der starken Vermehrung der deutschen Bevölkerung besonders im 19. Jahrhundert und infolge des Verlustes wichtiger landwirtschaftlicher Ueberschußgebiete durch das Knechtungsdiktat von Versailles ist aber auch der *deutsche Lebensraum enger geworden*, d. h., von der gleichen landwirtschaftlichen Nutzfläche müssen wesentlich mehr Menschen als früher ernährt werden. Will man also die eigene Futtermittelgrundlage der deutschen Viehwirtschaft wiederherstellen, will man den Oel- und Faserpflanzenanbau ausdehnen, die Schafhaltung vermehren, so ist eine *verstärkte Ausnützung des deutschen Bodens* notwendig, die alle Kraft erfordert, und zwar auf fast allen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung. Insbesondere gilt es auch von den Früchten, deren Erntemengen den deutschen Bedarf an und für sich decken, die Hektarerträge derart zu steigern, daß man auf geringerem Raum die gleichen Erntemengen erzielt, um auf diese Weise Platz für den Anbau bisher vernachlässigter Nutzpflanzen zu erhalten. Hinzu kommt, daß die Ernteerträge des deutschen Brotgetreides sich zur Zeit so dicht an der Bedarfsdeckungsgrenze bewegen, daß eine Steigerung der Hektarerträge schon deswegen notwendig ist, um in guten Erntejahren eine *Vorratsbildung* als Ausgleich für schlechte Erntejahre zu ermöglichen.

Aus der Ernährungslage, wie sie der Nationalsozialismus als Erbe der Vergangenheit vorfand, ergaben sich die Aufgaben der nationalsozialistischen Agrarpolitik, die besonders durch die Erzeugungsschlacht gelöst werden. Bei der Beurteilung ihrer bisherigen Erfolge muß natürlich beachtet werden, daß die *Erzeugungsschlacht eine Aufgabe vieler Jahre* ist und ihre Auswirkungen sich erst nach und nach zeigen können. Zur Zeit ist also nur eine Zwischenbilanz möglich. Bei dieser Zwischenbilanz aber muß berücksichtigt werden, daß die Zahl der deutschen Bevölkerung, abgesehen von dem Zuwachs durch die Heimkehr Oesterreichs und Sudetendeutschlands, innerhalb des alten Reichsgebietes seit 1933 sich durch die Wiedereingliederung des Saargebietes und durch Neugeburten um etwa 2 Millionen vermehrt hat, und daß 7 Millionen Arbeitslose in den volkswirtschaftlichen Arbeitsprozeß eingeschaltet wurden. Beides hat zwangsläufig eine erhebliche Steigerung des Lebensmittelverbrauches bewirkt. So ist im alten Reichsgebiet z. B. der Konsum von Brotgetreidemehl seit 1932 um 10 v. H. gestiegen, von

Zucker um 15 v. H., von Fleisch um 10 v. H., von Gemüse um 25 v. H. und von Seefischen um 43 v. H. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache bilden die folgenden Zahlen eine nicht zu übertreffende Rechtfertigung der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Während 1927 nämlich nur 65 v. H. des deutschen Gesamtbedarfes auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft aus der heimatlichen Scholle gedeckt werden konnten, sind es heute bereits 80 bis 85 v. H. Das heißt, die Leistung der deutschen Landwirtschaft ist ganz außerordentlich gesteigert worden, obwohl die Aussicht dafür im Jahre 1933 recht gering erschien und die Voraussetzungen kaum gegeben waren. Daß die nationalsozialistische Agrarpolitik sich auf dem richtigen Wege befindet, zeigen auch die nachfolgenden Beispiele der Ertragssteigerung durch die Erzeugungsschlacht.

Ausbau der Futtermittelgrundlage

Um die einheimische Futtermittelgrundlage der deutschen Viehwirtschaft zu verstärken und dadurch diese vom Auslande unabhängig zu machen, sind die Anbauflächen für Futterpflanzen wesentlich gesteigert worden.

Steigerung der Futteranbauflächen in Hektar

	Körnermais:	Luzerne:	Grünmais:	Süßlupine:
1933	3 700	315 000	—	—
1934	6 300	318 000	45 600	—
1935	15 800	366 000	55 900	12 200
1936	19 300	404 000	59 000	25 000
1937	38 300	418 000	67 000	48 000

Besonders wichtig für die künftige Futterversorgung der deutschen Viehwirtschaft ist die Züchtung der Süßlupine, deren Anbau weiter rasch steigen wird. Dadurch erhält die Viehwirtschaft ein wichtiges neues Futtermittel. Weite Flächen, besonders Ostdeutschlands, können nur mit Hilfe der Lupine richtig ausgenutzt werden; denn sie sammelt auf den sandigen Böden in den Trockengebieten Stickstoff aus der Luft und bereichert den Boden mit Humus und Wasser. Bisher kannte man nur die bittere Lupine, die kaum verfüttert wurde, da sie erst entbittert werden muß und die Entbitterung schwierig war. Jetzt, nachdem die Züchtung der Süßlupine gelungen ist, hat man bei ihrem Anbau nicht nur die Vorteile der Bitterlupine, sondern es gibt außerdem noch zusätzliches Viehfutter, da die Süßlupine gleichzeitig ein ausgezeichnetes, stark eiweißhaltiges Futtermittel ist.

Steigerung des Zwischenfruchtbaues

Von großer Bedeutung für die Verstärkung der wirtschaftseigenen Futtermittelgrundlage der Landwirtschaft ist auch die Ausdehnung des Zwischenfruchtanbaues. Dieser ist besonders deswegen wichtig, weil seine Ausdehnung keine zusätzliche Fläche erfordert, da sich durch Einführung des Zwischenfruchtanbaues auf ein und derselben Fläche innerhalb eines Jahres zwei, bzw innerhalb von zwei Jahren drei Ernten erzielen lassen. Es ist deshalb nicht mehr tragbar, daß im Herbst, nach der Ernte, Felder monatelang brach liegen. Ist z. B. Winterroggen geerntet, so sät man als Zwischenfrucht Stoppelrüben und bekommt so eine wertvolle Ergänzung des Futters. Das ist natürlich angesichts der deutschen Raumenge ein Vorteil, den sich die deutsche Landwirtschaft nicht entgehen lassen darf. Hinzu kommt, daß durch den Zwischenfruchtanbau der Boden mit organischen Stoffen und bei den Leguminosen mit Stickstoff gereichert wird und die Verunkrautung verhindert wird.

Die Erzeugungsschlacht sieht daher in der Ausdehnung des Zwischenfruchtanbaues eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Der Erfolg dieses Bestrebens ist schon

heute beachtlich, obwohl sich dieses infolge der Wetterungunst noch nicht voll auswirken konnte. Die Anbaufläche der Zwischenfrüchte betrug ohne Berücksichtigung des Stoppelklees im Jahre 1937 1,36 Millionen ha, während sie im Jahre 1927 erst 800 000 ha erreichte. Eine andere Vergleichszahl existiert leider nicht. Inzwischen ist bei den Winterzwischenfrüchten und den Zwischenfrüchten, die als Untersaaten angebaut wurden, die Anbaufläche wiederum erweitert worden. Bei den Stoppelfrüchten dagegen verhinderte die Verzögerung der Ernte durch das schlechte Wetter eine Vergrößerung der Anbaufläche.

Die Bedeutung der Kartoffel

Eine ausschlaggebende Rolle bei der Versorgung der deutschen Viehwirtschaft mit Futtermitteln aus eigenem Grund und Boden haben schon immer auch die Hackfrüchte gespielt. Während in Zukunft alles getan werden muß, um die gesamte Brotgetreideernte unmittelbar der menschlichen Ernährung zuzuführen und daher eine Verfütterung von Brotgetreide heute gegen die Erfordernisse der deutschen Nahrungsversorgung verstößt, wird ein wesentlicher Teil der deutschen Kartoffelernte stets verfüttert werden müssen, um diese voll auszunutzen, da selbst bei schlechtem Ernteausfall nur ein Drittel der Kartoffelernte für den menschlichen Kartoffelverzehr benötigt wird. Eine Einschränkung des Kartoffelanbaues ist aber unmöglich, da dieser innerhalb einer bestimmten Fruchtfolge für die Erhaltung und Steigerung der Ertragsfähigkeit besonders der leichten Böden unerläßlich ist. Daher ist es im Gegenteil wünschenswert, den Kartoffelanbau noch weiter auszudehnen und ihn im verstärkten Maße zur Grundlage der deutschen Schweinemast zu machen. Durch Vervielfachung der Kartoffeltrocknung (Kartoffelflocken) soll vor allem den Betrieben des Nordwestens die Möglichkeit gegeben werden, von der reinen Getreidemast zur Kartoffelmast überzugehen.

Ministerpräsident Göring hat daher auf Grund seiner Vollmachten zur Durchführung des Vierjahresplanes angeordnet, daß die Preise für Fabrikkartoffeln von 17 auf 20 Pfennig je Kilogramm Stärke erhöht werden. (Die Preise für Speisekartoffeln werden natürlich nicht erhöht.) Die durch die neuen Fabrikkartoffelpreise gestiegenen Flockenpreise werden durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln gesenkt und damit den Preisen anderer Futtermittel angepaßt. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen nicht von privatwirtschaftlichen Interessen diktiert worden sind, sondern ausschließlich dazu dienen sollen, den Kartoffelanbau auszudehnen, seine Hektarerträge zu steigern und eine zweckmäßige Verwertung der Kartoffelernten im Dienste der deutschen Nahrungsversorgung zu gewährleisten.

Dies ist besonders für die Sicherung der Fleisch- und Fettversorgung des deutschen Volkes außerordentlich wichtig; denn ohne eine Verschiebung der Grundlagen der deutschen Schweinemast von der Getreide- zur Kartoffelverfütterung ist eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen hohen Schweinebestandes auf die Dauer nicht möglich. Bei Beurteilung dieser Tatsache muß aber beachtet werden, daß durch die deutsche Schweinemast etwa 64 v. H. des deutschen Fleischverbrauches und 12 v. H. des deutschen Fettverbrauches gedeckt werden.

Die deutsche Kartoffelernte:

1933	44,07 Mill. t	1936	46,2 Mill. t
1934	46,78 Mill. t	1937	55,3 Mill. t
1935	41,02 Mill. t	1938	48,7 Mill. t

Die Rekordernte des Jahres 1937 ist zwar 1938 nicht erreicht worden, aber 1937 wirkten auch zwei besondere Umstände zusammen: Einmal war die Witterung für Kartoffeln besonders günstig; vor allem aber waren auch durch Auswinterung

beträchtliche, ursprünglich mit Getreide bebaute Flächen frei geworden, die durch verstärkten Kartoffelanbau noch am besten ausgenutzt werden konnten. Berücksichtigt man diese beiden Tatsachen, so erweist sich das Ernteergebnis von 1938 als ein voller Erfolg der Erzeugungsschlacht.

Zuckerrübenanbau gestiegen

Neben der Kartoffel wird auch in wachsendem Umfange als ein besonders wertvolles Futtermittel die Zuckerrübe verwendet, obwohl auch der Verbrauch an Zucker sich seit 1932 um reichlich 15 v. H. vermehrt hat. Diese zweifache Verbrauchssteigerung war nur möglich durch eine starke Ausdehnung des Zuckerrübenanbaues, dessen Anbaufläche von 276 000 ha im Jahre 1932 auf 497 600 ha im Jahre 1938 stieg.

Alle diese Maßnahmen zur Umstellung der deutschen Viehwirtschaft auf eine wirtschaftseigene Futtermittelgrundlage stellen, abgesehen von der Ausdehnung des Zwischenfruchtanbaues, Raumansprüche, denen die deutsche Raumenge sehr schnell eine unüberschreitbare Grenze gegenüberstellt.

Ertragssteigerung der Grünflächen

In Anbetracht dieser Tatsache ist es unerläßlich, den Ertrag der Wiesen und Weiden selbst wesentlich zu steigern. Gerade auf diesem Gebiet hat die deutsche Landwirtschaft noch manche Versäumnisse nachzuholen. Durch verstärkte Düngergabe und sorgfältige Pflege der Wiesen und Weiden ist es möglich, ihren Hektarertrag so zu steigern, daß etwa ein Sechstel der Dauergrünlandfläche in Ackerland umgewandelt werden könnte, ohne daß sich der Gesamtheuertrag verringerte. Auf diese Weise könnten etwa 1,3 Millionen Hektar für die Anbauausdehnung anderer landwirtschaftlicher Nutzpflanzen gewonnen werden. Was dieser Gewinn für die Verstärkung der deutschen Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bedeutete, braucht nicht noch besonders betont zu werden. Für den Wiesen- und Weidenumbruch werden daher neuerdings erhebliche Beihilfen gezahlt. Da aber mit dieser Aktion erst vor kurzem begonnen worden ist, stehen Zahlen über ihre Auswirkung noch nicht zur Verfügung.

Beachtlich ist es in diesem Zusammenhange, daß es bereits in den ersten Jahren der Erzeugungsschlacht gelungen ist, die durchschnittlichen Erträge der vorhandenen Grünflächen wesentlich zu steigern. Es betrug der

Ernteertrag in Doppelzentnern je ha:

	Klee	Luzerne	Bewässerungswiesen	andere Wiesen
1934	42,1	50,7	40,6	31,6
1935	48,4	64,3	50,7	41,7
1936	60,7	74,2	56,4	48,9
1937	52,5	71,5	56,3	47,3

Bei Beurteilung dieser Ergebnisse muß berücksichtigt werden, daß 1936 die Witterung den Grünflächen besonders zugute kam.

Rationelle Gestaltung der Futterverwendung

Neben der Steigerung der Futtermittelerzeugung kommt es auf eine möglichst sparsame Verwertung der erzeugten Futtermittel an.

Besonders wichtig ist es, möglichst große Futtermittelmengen so zu konservieren, daß der frühere Verlust von Nährwerten vermieden wird, damit auch in der an frischem Futter armen Zeit kräftiges Futter für das Vieh in ausreichendem Maße vorhanden ist. Diesem Zwecke dient vor allem die Errichtung von Gärfutterbehältern. Durch diese ist es möglich, die gewonnenen Futtermittel ohne Nährwertverlust praktisch unbeschränkt haltbar zu machen, so daß auf diese Weise auch eine Vorratsbildung für schlechte Erntejahre möglich ist. Der Bau von Gärfutterbehältern wird daher durch Beihilfen aus Reichsmitteln gefördert. Den Erfolg dieser Maßnahme zeigt folgende Uebersicht:

Neuerrichtung von Gärfutterbehältern:

	Anzahl	Inhalt		Anzahl	Inhalt
1918—32	30 000	800 000 cbm	1935	68 000	1 600 000 cbm
1933	20 000	500 000 cbm	1936	86 000	1 400 000 cbm
1934	35 000	1 000 000 cbm			

Ende 1937 betrug der Fassungsraum der vorhandenen Gärfutterbehälter rd. 6,5 Millionen cbm.

Auch in anderer Beziehung macht man große Anstrengungen, um eine bessere Verwertung der betriebseigenen Futtermittel zu erreichen. Besonders wichtig sind die modernen Methoden der Heuwerbung (Heugewinnung auf Trockengerüsten) und die vermehrte Einsäuerung von Kartoffeln durch Vermehrung der fahrbaren Dämpfkolonnen, die gegen geringe Vergütung den Bedarf an Futterkartoffeln dämpfen und einsäuern. Während es 1932 nur 228 solcher Dämpfkolonnen gab, wurde ihre Zahl im Jahre 1937 auf 4000 gesteigert. Selbstverständlich wird sie auch weiterhin vermehrt werden. Auf diese Weise wird alles getan, um die deutsche Viehwirtschaft sozusagen auf eigene Füße zu stellen und unsere Fleisch-, Milch- und Fettversorgung vom Auslande unabhängig zu machen.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen zur Verselbständigung der deutschen Futtermittelgrundlage gehen eine Fülle anderer Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen Viehzucht und Hebung ihrer Leistung. Durch das Reichstierzuchtgesetz von 1936 werden der Zucht neue Wege gewiesen, die sich vor allem eine Leistungssteigerung auf wirtschaftseigener Futtergrundlage zum Ziel setzen. Selbstverständlich ist gerade dies eine Aufgabe auf lange Sicht, deren Lösung unermüdlicher zielbewußter Arbeit bedarf; aber mit dieser Notwendigkeit ist ja auch bei Einleitung der Erzeugungsschlacht von vornherein gerechnet worden; denn bei der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes, die naturbedingt und daher unabänderlich ist, sind wirklich durchgreifende Erfolge fast stets nur durch Maßnahmen erzielbar, deren volle Auswirkung erst nach Jahren eintritt. Die Bedeutung der nationalsozialistischen Agrarpolitik besteht aber gerade darin, daß sie dem deutschen Bauern die notwendige Sicherheit verschafft hat, die es ihm ermöglicht, solche Maßnahmen mit der Gewißheit des Erfolges wieder in Angriff zu nehmen.

Der Zweck der Milchkontrolle

Für die Hebung der Leistungsfähigkeit der deutschen Rindviehhaltung ist vor allem auch die Umwandlung der früher freiwilligen Milchkontrolle in eine Pflichtmilchkontrolle von entscheidender Bedeutung. Diese hat die Aufgabe, für eine richtige Auswahl nur leistungsfähiger, gesunder Tiere und die Ausarbeitung zweckmäßiger Fütterungsvorschläge durch besonders ausgebildete An-

gestellte des Reichsnährstandes zu sorgen und auf diese Weise die Milcherzeugung und damit auch die Butterherstellung zu steigern.

Welche Möglichkeiten gerade in dieser Beziehung noch vorhanden sind, zeigt eine einfache Berechnung. Der Durchschnittsmilchertrag je Kuh betrug in Deutschland zu Beginn der Erzeugungsschlacht 2400 Liter Milch im Jahr. Bei den etwa 1,1 Millionen Kühen, die damals bereits unter Milchkontrolle standen, betrug die Jahresleistung je Kuh dagegen rund 3700 Liter Milch, das sind 1300 Liter Milch mehr als der Durchschnitt aller Kühe. Wenn es nun durch Einführung der Pflichtmilchkontrolle in absehbarer Zeit gelingt, den Durchschnittsmilchertrag auch nur um einen Liter je Kuh und Tag zu steigern, so bedeutet dies einen jährlichen Mehrertrag von etwa 2,7 Milliarden Liter Milch oder rund 2 Millionen Zentner Butter. Damit würde aber die Buttereinfuhr aus dem Auslande überflüssig und wenigstens in dieser Beziehung die Lücke in der deutschen Fettversorgung geschlossen werden.

Aus diesen Gründen wird die Durchführung der Pflichtmilchkontrolle so rasch wie nur möglich vorwärtsgetrieben. Dementsprechend ist der Anteil der kontrollierten Kühe an dem Gesamtbestand von Milchkühen von 14,3 v. H. am 1. Januar 1935 auf 20 v. H. Ende 1935 und 60 v. H. Ende 1937 angewachsen. Damit wurden etwa 6 Millionen Kühe von der Milchkontrolle erfaßt.

Neben dem Ausbau des Milchkontrollwesens ist die Molkereiwirtschaft stark verbessert worden. Die inländische Buttererzeugung ist von 381 700 t im Jahre 1931 auf 498 100 t im Jahre 1936 und 519 000 t im Jahre 1937 gestiegen. Vor allem soll durch die stärkere Erfassung der Milch durch die Molkereien eine bessere Verwertung des Milchfettes und eine Besserung der Butterqualität erreicht werden. Dementsprechend ist der Anteil der sog. Landbutter an der gesamten Buttererzeugung ständig zugunsten der Molkereibutter zurückgedrängt worden. Während die Molkereibuttererzeugung stark anstieg, ging die Landbuttererzeugung wesentlich zurück, wie folgende Uebersicht zeigt:

	Landbuttererzeugung	Molkereibuttererzeugung
1933	171 000 t	253 445 t
1936	112 500 t	385 000 t
1937	102 000 t	414 000 t

Der Viehbestand

Außer diesen Maßnahmen sind auf viehwirtschaftlichem Gebiete eine große Anzahl von anderen Aufgaben in Angriff genommen worden, die hier nur kurz gestreift werden können. Durch die infolge Trockenheit schlechte Futtermittelernte im Jahre 1934 war eine Verringerung des Rindviehbestandes notwendig, die allen deutlich zeigte, wie ungenügend, aber auch wie wichtig die deutsche Futtermittelgrundage war. Dennoch ist es trotz stark verringerter Futtermitteleinfuhr aus dem Auslande an Kleie, Oelkuchen, Mais usw. gelungen, nach diesem Rückschlag, der ja noch ein Erbe der Vergangenheit war, den Rindviehbestand rasch wieder aufzubauen, so daß dieser im Dezember 1936 größer als jemals zuvor war. Die Vermehrung von 1935 zu 1937 betrug 1,6 Millionen Stück oder 8 v. H.

Der Schweinebestand bewegt sich zur Zeit um insgesamt 25 Millionen Stück. Auch bei dieser Gelegenheit muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß es nur gelingen wird, diesen hohen Schweinebestand zu behaupten, wenn die vorhin geschilderten Maßnahmen zur Veränderung seiner Futtermittelgrundlage den notwendigen Erfolg haben. Hier liegt also die wichtigste Aufgabe auf dem Gebiet der Schweinewirtschaft.

Der Schafbestand ist in den letzten Jahren beträchtlich erhöht worden. Er stieg von 3 387 000 Stück im Jahre 1933 (Ende Dezember) auf 4 680 000 Stück im Jahre 1937 (Ende Dezember). Dementsprechend ist auch die Wollerzeugung stark gestiegen. So wurden an Wolle 1933 4,7 v. H., 1937 aber bereits 11 v. H. unseres Bedarfes aus eigener Erzeugung gedeckt.

Was den Geflügelbestand anbetrifft, so ist vor allem bei den Hennen eine Verjüngung und züchterische Erneuerung des Bestandes vorgenommen worden, was zweifellos zu einer Verbesserung der Legeleistung führen wird. Zur Förderung der Geflügelzucht wurden an die Landwirtschaft verbilligt aus Leistungszuchten abgegeben:

	Küken	Junghennen
1933	638 000	65 000
1934	724 000	81 000
1935	1 516 000	233 000
1936	1 906 000	264 000
1937	3 299 900	445 300

Außerdem wurde noch doppelt soviel unverbilligtes Leistungsgeflügel an die Landwirtschaft abgegeben, von den Bruteiern gar nicht zu reden. Auf diese Weise wird erreicht werden, daß unsere Eigenerzeugung an Eiern ohne Vermehrung der Hühnerzahl und damit des Futterbedarfs durch Verjüngung und Verbesserung der Bestände in absehbarer Zeit wesentlich gesteigert werden wird.

Die Maßnahmen beim Ackerbau

Auf ackerbaulichem Gebiete ist die Aufstellung einer Zwischenbilanz über die Erfolge der Erzeugungsschlacht in mancher Beziehung noch schwieriger als bei den anderen landwirtschaftlichen Betriebszweigen. Die Erträge je Flächeneinheit einzelner Jahre sind nur sehr bedingt geeignet, eine Entwicklung mit Sicherheit erkennen zu lassen, weil die Ergebnisse des einzelnen Jahres weitgehend von den Besonderheiten seines Wetters bestimmt werden. Erst wenn langjährige Durchschnittserträge vorliegen, wird sich der Erfolg der Erzeugungsschlacht genau messen lassen.

Anbau von Oel- und Faserpflanzen

Mit besonderem Nachdruck ist man an eine Ausdehnung des Anbaues von Oelfrüchten und Faserpflanzen herangegangen, der, wie schon erwähnt wurde, im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts auf einen kleinen Bruchteil des früheren Umfanges zurückgegangen ist, und es ist gelungen, den Anbau dieser so vernachlässigten Kulturen wesentlich zu steigern.

Oelfrucht- und Faserpflanzenanbau in ha:

	Raps und Rübsen	Flachs	Hanf
1933	5 103	4 889	211
1934	26 738	8 740	366
1935	47 023	22 276	3 636
1936	54 604	44 067	5 630
1937	49 939	56 874	7 510

Aus deutschen Oelpflanzen wurden im Jahre 1933 3000 t Oel gewonnen, im Jahre 1936 47 000 t Oel, das heißt, die Oelproduktion wurde um das 16fache gesteigert. Unser industrieller Bedarf an Flachs wurde im Jahre 1933 zu rund 13 v. H. aus der inländischen Erzeugung gewonnen, im Jahre 1936 aber bereits

zu rund 61 v. H. Die Deckung unseres industriellen Bedarfs an Hanf betrug im Jahre 1933 rund 0.7 v. H. und konnte im Jahre 1937 auf rd. 25 v. H. gesteigert werden.

Um eine Verwertung der erzeugten Faserstoffmengen sicherzustellen, wurde der Ausbau vorhandener und die Anlage neuer Röstereien gefördert. Um den Röstereien die Möglichkeit zu geben, sofort nach der Ernte der Landwirtschaft den ganzen Flachs abzunehmen, gab das Reich erhebliche Zuschüsse zur Erstellung von Scheunen bei den Röstereien. Die Zahl der Flachs- und Hanfrösten stieg von 22 im Jahre 1933 auf 95 im Jahre 1936. Alle diese Erfolge sind nicht auf Kosten des Rückgangs auch nur eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses errungen. Einschränkungen der Anbauflächen zugunsten eines neu aufgenommenen Produktes sind stets durch Ertragssteigerungen mehr als wettgemacht worden. Somit ist es auch als Erfolg der Erzeugungsschlacht zu werten, daß trotz des Witterungsrückschlages von 1936/37 die Ernte noch einigermaßen erträglich ausgefallen ist. Und ebenso ist auch die Rekordernte des Jahres 1938 mit 25,7 Millionen t Getreide nicht nur ein Ergebnis des besseren Wetters. Die allgemeine Steigerung der Agrarproduktion ist das letzte Ziel neben allen Sonderaufgaben. Ihm dient auch die Verbesserung des Saatguts.

Verbesserung des Saatguts

Für eine allgemeine Steigerung der ackerbaulichen Erzeugung ist die Verbesserung der Saatzuchten besonders wichtig. Vor allem war auf dem Gebiete der Saatgutwirtschaft eine Beseitigung des früheren Sortenwirrwarrs unter Ausmerzung ungeeigneter Saaten notwendig. Eine besondere Sortenregisterstelle ist heute mit der Ueberprüfung und Zulassung neuer und alter Sorten beauftragt. Gleichzeitig erfolgte eine starke Vergrößerung der Anbaufläche von Hochzuchtsaaten.

Anbau von Hochzuchtsaaten in ha:

	Getreide	Oelfrüchte	Hülsenfrüchte	Kartoffeln
1934	13 000	—	2 200	4 177
1935	37 000	2 514	3 400	8 602
1936	66 000	5 000	9 100	12 040
1937	100 000	7 200	11 400	15 482

Bei Verwendung deutscher Hochzuchtsaat für Getreide steigen die Erträge erfahrungsgemäß um etwa drei Doppelzentner je Hektar, bei Kartoffeln sogar um je 25 Doppelzentner je Hektar. Die Anbauvermehrung von Hochzuchtsaaten ist also ein wichtiges Mittel, um bei gleicher Fläche wesentlich höhere Erträge zu erzielen, und das ist ja, wie immer wieder betont werden muß, angesichts der deutschen Raumnot eine der entscheidenden Aufgaben der Erzeugungsschlacht.

Verstärkter Düngeraufwand

Zu den gerade dieser Aufgabe dienenden Mitteln gehört vor allem auch eine verstärkte Düngung. Auf die vermehrte Verwendung von künstlichen Düngemitteln sind wir bereits in einem anderen Zusammenhange zu sprechen gekommen. Hand in Hand mit der Steigerung der Mineraldüngeranwendung muß aber eine Mehrerzeugung und zweckentsprechende Verwendung von hochwertigen wirtschaftseigenen Düngemitteln gehen. Jährlich gehen der deutschen Landwirtschaft durch falsche Behandlung und unsachgemäße Verwendung des Stalldungs rund 300 Millionen Reichsmark verloren. Dieser Verlust trifft aber nicht nur den Geldbeutel des deutschen Bauern — das wäre

schließlich seine eigene Sache —, sondern schwächt auch die Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln erheblich. Das können wir uns aber angesichts der deutschen Versorgungslage auf keinen Fall leisten. Daher sind auch im Rahmen des Vierjahresplanes in beträchtlichem Umfange Reichsbeihilfen zum Bau zweckmäßiger neuzeitlicher Dungstätten und Jauchegruben bereitgestellt worden, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Hof- und Feldbegehungen

Schon die Aufzählung dieser wenigen Beispiele, die sich auf die wichtigsten beschränkt, zeigt, welche Fülle von Aufgaben für die deutsche Landwirtschaft durch die Erzeugungsschlacht sich ergibt. In täglicher Kleinarbeit auf dem Hofe versucht der deutsche Bauer diesen Erfordernissen gerecht zu werden. Bei der Mannigfaltigkeit der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in Deutschland, insbesondere der starken Verschiedenheit der Boden- und Klimaverhältnisse ist es gänzlich unmöglich, die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung nach ein paar allgemeinen Rezepten ordnen und lenken zu wollen. Jeder einzelne Bauer muß daher selbst in der Lage sein, im Rahmen der allgemeinen Richtlinien die für seinen Betrieb zweckmäßigsten Maßnahmen zu treffen. Um ihn bei dieser verantwortungsvollen Arbeit zu unterstützen, veranstaltet der Reichsnährstand regelmäßig Hof- und Feldbegehungen. Dabei besichtigen alle Bauern eines Dorfes mit ihrem Ortsbauernführer unter fachmännischer Leitung die Höfe und Felder ihrer Dorfgenossen, um etwaige Mängel durch Austausch der gegenseitigen Erfahrungen abzustellen, den Erfolg unternommener Versuche zu prüfen, Besserungsvorschläge zu beraten, kurz und gut, um in gemeinsamer Zusammenarbeit die praktisch besten Wege zur Erzielung von Höchstleistungen zu finden.

Warum Hofkarte?

Für diese für den einzelnen Bauern und Landwirt so wichtige Beratung bilden die seit kurzem eingeführten Hofkarten eine unentbehrliche Unterlage. Sie sollen über die betriebswirtschaftliche Eigenart eines jeden Betriebes genaue Auskunft geben und dadurch ermöglichen, seine Entwicklung genau zu verfolgen. Sie sind also für den einzelnen Betriebsleiter eine Art Rechenschaftsbericht, der ihm selbst die besten Dienste leisten wird. Darüber hinaus wird ihre Zusammenfassung zu statistischen Uebersichten die Möglichkeit geben, aufs genaueste die Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftsbezirke kennenzulernen und im Dienste der deutschen Nahrungsversorgung auszuwerten. Angesichts der starken, landschaftlich bedingten Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse ist gerade dies von besonderer Wichtigkeit; denn die landschaftlichen Verschiedenheiten komplizieren zwar die Aufgaben der Erzeugungsschlacht, zugleich sind sie aber auch der Quell für eine Fülle von Möglichkeiten, die, richtig ausgenutzt, für die Nahrungsversorgung Deutschlands eher ein Vorteil als ein Nachteil sind.

Erzeugungsschlacht im Dienste des Gesamtvolkes

Die bisherigen Erfolge der Erzeugungsschlacht beweisen, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Bauerntums erkannt hat, was seine Pflicht ist. Diese willensmäßige Ausrichtung des deutschen Bauerntums wird letzten Endes für den Erfolg der Erzeugungsschlacht

entscheidend sein; denn das große Ziel, das sich die Erzeugungsschlacht gestellt hat, wird nur erreicht werden, wenn jeder Bauer und Landwirt sein Bestes tut. Die nationalsozialistische Agrarpolitik aber, die für sich in Anspruch nehmen kann, der Landwirtschaft wieder zu einem gerechten Lohn für ihre Arbeit verholfen zu haben, hat auf Grund dieser Leistung auch das Recht, von der Landwirtschaft die Anspannung aller ihrer Kräfte zu fordern. Wer sich dieser Forderung verschließt, verstößt gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Eigentum verpflichtet

Der Nationalsozialismus ist stets von dem Grundsatz ausgegangen, daß Eigentum verpflichtet. Welche Folgerungen daraus das Reichserbhofgesetz zieht, haben wir bereits in anderem Zusammenhange gesehen. Bei den nichtbäuerlichen Betrieben war aber bisher keine gesetzliche Handhabe gegeben, um gegen Betriebsinhaber, die ihre Pflicht im Dienste der deutschen Nahrungsversorgung versäumen, wirksam einzuschreiten. Der liberalen Rechtsauffassung lag ja auch ein solches Eingreifen völlig fern, da sie von einem falsch verstandenen Freiheitsbegriff beherrscht wurde, der dem einzelnen gestattete, mit seinem Eigentum nach Belieben zu schalten und zu walten. Die alte, urdeutsche Rechtsauffassung, daß Eigentum verpflichtet, war in dem herrschenden liberalen Recht völlig verlorengegangen, wenn sie auch in dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes stets lebendig geblieben war.

Diese alte Rechtsauffassung ist durch die Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung vom März 1937 auch für den nichtbäuerlichen Besitz wieder zur Geltung gebracht worden. Auch gegen diesen kann von nun an im Falle der Pflichtversäumnis zur Sicherung der deutschen Volksernährung wirksam eingeschritten werden. Die Strafmaßnahmen bewegen sich von dem mildesten Eingriff der Verwarnung über die Aufsicht und Wirtschaftsführung durch einen Treuhänder bis zur Zwangsverpachtung durch Gerichtsbeschluß. Durch die am 1. Februar 1937 in Kraft getretene Neuregelung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Grundstücken ist zudem dafür gesorgt worden, daß in Zukunft Elemente, die für eine ordnungsmäßige landwirtschaftliche Betriebsführung ungeeignet sind, von dem Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke ausgeschlossen sind.

Bedeutung der Landeskultur

Die Betrachtung über Ziel und Aufgaben der Erzeugungsschlacht kann nicht abgeschlossen werden, ohne daß in diesem Zusammenhange eines gewaltigen Werkes der nationalsozialistischen Aufbauarbeit gedacht wird, des Landeskulturwerkes, das zwar zum großen Teil von der Landwirtschaft nicht aus eigener Kraft geschafft wird, das aber mit seiner wachsenden Vollendung der Landwirtschaft neue große Möglichkeiten in die Hand gibt, die deutsche Nahrungsfreiheit trotz der deutschen Raumenge zu sichern. Von der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche sind verbesserungsbedürftig durch

Ackerdränung	4,0 Millionen ha,
Entwässerung von Grünland	3,5 Millionen ha,
Bewässerung von Acker und Grünland . .	3,5 Millionen ha,
Flurbereinigung	6,0 Millionen ha,
Beschlickung und Bemergelung	0,4 Millionen ha,
Schutz vor Hochwasser	1,0 Millionen ha.

Nimmt man bei Durchführung dieser Maßnahmen eine durchschnittliche Ertragssteigerung von 20 v. H. an, was sehr vorsichtig gerechnet ist, so ergibt sich, in Neuland umgerechnet, ein Gewinn von 3,4 Millionen ha. Hinzu kommen Neulandgewinnungsmöglichkeiten durch Kultivierung von Moor- und Oedland von 2,0 Millionen ha und durch Verlandung an der Küste von 0,1 Millionen ha. Das entspricht einer Neulandsgewinnungsmöglichkeit von insgesamt 5,5 Millionen ha, dem Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Brandenburg, Pommern, Posen-Westpreußen und Mecklenburg zusammengenommen. Durch das Landeskulturwerk besteht also die Möglichkeit, in friedlicher Arbeit für Deutschland neue Provinzen zu erobern und der Volksernährung nutzbar zu machen.

Der Nationalsozialismus hat daher gerade hier mit voller Kraft eingesetzt. Er kann für sich in Anspruch nehmen, das Landeskulturwerk erst richtig in Schwung gebracht zu haben. Angesichts der Gemeinnützigkeit und Lebenswichtigkeit dieses Werkes hat er nicht gezögert, den Reichsarbeitsdienst dafür einzusetzen. So wurde der Reichsarbeitsdienst Hauptträger des Landeskulturwerkes. Neben zahlreichen kleineren Landeskulturarbeiten ist er zur Zeit auf dreißig Großarbeitsstellen eingesetzt, die allein eine Fläche von 600 000 ha umfassen, was etwa der landwirtschaftlich genutzten Fläche Thüringens entspricht. Dementsprechend bestehen die Arbeiten des Reichsarbeitsdienstes zu 68 v. H. aus Landeskulturarbeiten, einschließlich 15 v. H. für Wirtschaftswegebau.

Dieses energische Vorwärtstreiben des Landeskulturwerkes hat naturgemäß einen hohen Einsatz staatlicher Beihilfen und Kredite erfordert. Während diese in den letzten vier Jahren vor der Machtübernahme nur 298 Millionen Reichsmark betrugen, stiegen sie in der Zeit von 1933 bis 1936, den ersten vier Jahren des nationalsozialistischen Aufbauwerkes, auf 1060 Millionen Reichsmark. Ihre Summe ist also nahezu vervierfacht worden, und für die nächsten vier Jahre (1937—1940) ist sogar der Einsatz von 1500 Millionen Reichsmark in Aussicht genommen. Die Zahl der geleisteten Tagewerke konnte auf diese Weise von 41 Millionen in der Zeit von 1929—1932 auf 123 Millionen in der Zeit von 1933—1936 gesteigert werden und wird in den folgenden vier Jahren rund 190 Millionen erreichen.

Die Verantwortung der Landwirtschaft

Für die deutsche Landwirtschaft ergibt sich aus dem Landeskulturwerk eine Fülle neuer Arbeit, die unter der Bezeichnung von Folgeeinrichtungen zusammengefaßt wird. Diese Folgeeinrichtungen haben den Zweck, die durch das Landeskulturwerk erzielten Bodenverbesserungen, insbesondere den erreichten Neulandgewinn landwirtschaftlich auszunutzen und dauernd der deutschen Volksernährung dienstbar zu machen. Erst diese Folgeeinrichtungen entscheiden über den endgültigen Erfolg des Landeskulturwerkes, so daß auch für sein Gelingen die Landwirtschaft eine große Verantwortung trägt. Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat daher auch alles getan, um die Durchführung gerade dieser Folgeeinrichtungen sicherzustellen. So ist das Landeskulturwerk im wahrsten Sinne des Wortes eine Gemeinschaftsarbeit des ganzen deutschen Volkes.

Kampf dem Verderb!

Aber auch sonst ist die Sicherung der deutschen Ernährung in vieler Beziehung entscheidend von der Mitarbeit aller Volkskreise abhängig. Es sei nur in diesem Zusammenhange an die Bedeutung der Aktion erinnert,

die als „Kampf dem Verderb“ bestrebt ist, daß von den erzeugten Nahrungsmitteln dem deutschen Volke nichts ohne Zwang nutzlos verloren geht. Auf dem Wege vom Acker bis in die Hauswirtschaft gehen noch immer jedes Jahr schätzungsweise folgende Werte an Nahrungsmitteln verloren (in Millionen RM):

Bei Kartoffeln 185, Gemüse 79, Obst 136, Getreide 135, Fleisch 110, Milch und Milcherzeugnissen 57, Eiern 24, sonstigen Nahrungsmitteln 25, mithin insgesamt: 751 Millionen RM.

Die Vermeidung dieser Verluste ist in erster Linie eine Aufgabe der Landwirtschaft durch Verbesserung des Transportes, der Lagerung, Schädlingsbekämpfung usw.; aber auch bei dem Verbraucher selbst ist der Verderb und vermeidbare Schwund an Nahrungsgütern außerordentlich hoch. Er wird, vorsichtig gerechnet, auf ebenfalls 750 Millionen Reichsmark geschätzt. Insgesamt gehen also auf diese Weise der deutschen Volkswirtschaft jährlich anderthalb Milliarden Reichsmark nutzlos verloren. Wenn sich dieser Verlust auch nicht völlig beseitigen läßt, so läßt er sich doch zum mindesten wesentlich vermindern. Ein erheblicher Teil der bisher noch notwendigen landwirtschaftlichen Einfuhren könnte so erspart werden. Um das zu erreichen, wird neben dem Landwirt vor allem die deutsche Hausfrau einen entscheidenden Teil mitbeitragen können.

Die Mitarbeit der Hausfrau

Die deutsche Hausfrau ist aber auch noch in einer anderen Beziehung für die Verselbständigung der deutschen Nahrungsversorgung von größter Bedeutung. Als Gestalterin des Küchenzettels hat sie auf die Art des deutschen Verbrauches entscheidenden Einfluß. Von ihren Kenntnissen und ihrem guten Willen hängt es daher weitgehend ab, ob sich der Lebensmittelverbrauch in Zukunft besser als bisher den deutschen Erzeugungsmöglichkeiten anpassen wird.

Die Lebensmittelspekulation, die in der Systemzeit die deutsche Ernährungswirtschaft beherrscht und auf die Erzeugungsmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft, wie wir gesehen haben, nicht die geringste Rücksicht nahm, hatte daher auch kein Interesse daran, daß die Hausfrau ihrerseits diese früher selbstverständliche Rücksicht nahm. Im Gegenteil mußte ihr alles daran liegen, die Hausfrau zu einem möglichst großen Verbrauch ausländischer Lebensmittel anzureizen. Sie gewöhnte beispielsweise die deutsche Hausfrau daran, Frühkartoffeln bereits zu einem Zeitpunkte zu kaufen, wo der deutsche Landwirt infolge der Klimaverhältnisse Deutschlands noch nicht in der Lage war, solche zu liefern. Dasselbe galt von Obst und Gemüse jeder Art. Auch die zum Teil zweifellos vorhandene Uebersteigerung des Fleisch- und Fettverbrauches ist bis zu einem gewissen Grade auf eine von der Lebensmittelspekulation bewußt geförderte falsche Ernährungspropaganda zurückzuführen.

Richtige Ernährung

Gewiß hängt der so außerordentlich gestiegene Fleisch- und Fettverbrauch in Deutschland auch mit der veränderten Lebensweise des deutschen Volkes zusammen, die eine Folge der Industrialisierung und Verstädterung Deutschlands ist, und es wird niemandem einfallen, dem deutschen Volke zuzumuten, seinen Fleisch- und Fettverbrauch etwa auf den Stand in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückzuschrauben, obwohl es immerhin wichtig ist zu wissen, daß dann Deutschland trotz seiner stark vermehrten Bevölkerung in der Lage wäre, noch Fleisch und Fett auszuführen. Aber auch seit der Vorkriegszeit ist der Gesamtfettverbrauch in

Deutschland von etwa 15 kg je Kopf der Bevölkerung auf etwa 21 kg jährlich gestiegen. Das ist zweifellos eine Uebersteigerung, die durch eine *zweckmäßige Veränderung unserer Ernährungsweise* ohne die geringste gesundheitliche Schädigung gemildert werden kann.

Rücksicht auf die Möglichkeiten der Erzeugung

Daß die nationalsozialistische Agrarpolitik ihrerseits alles tut, um den gerechtfertigten Ansprüchen in bezug auf die Fleisch- und Fettversorgung zu genügen, beweisen die vorher geschilderten Maßnahmen der Erzeugungsschlacht. *Sie darf daher aber auch von dem Verbraucher erwarten, daß er seinerseits auf die deutschen Erzeugungsmöglichkeiten die notwendige Rücksicht nimmt.* Diese Rücksicht wird ja nicht gefordert im Interesse eines einzelnen Berufsstandes, der Landwirtschaft, sondern zur Sicherung der Unabhängigkeit der deutschen Ernährung von dem Wohlwollen des Auslandes. Die Anpassung des deutschen Verbrauchs an die deutschen Erzeugungsmöglichkeiten ist daher eine notwendige *Ergänzung der Erzeugungsschlacht, sie ist die national-wirtschaftliche Aufgabe der deutschen Hausfrau.*

Ohne Nahrungsfreiheit keine politische Freiheit

Die bitteren Erfahrungen der Nachkriegszeit haben das deutsche Volk gelehrt, daß niemand ihm hilft, wenn es sich nicht selber hilft. Der Sieg des Nationalsozialismus ist ein Beweis für die *Selbstbesinnung des deutschen Volkes auf seine ureigenen Kräfte.* Ein Ausfluß dieser Selbstbesinnung ist auch die *nationalsozialistische Agrarpolitik.* Durch die Erzeugungsschlacht wird dem deutschen Volke sein bestes Gut, die Erzeugungskraft des deutschen Bodens, wieder voll nutzbar gemacht. Dadurch wird die deutsche *Nahrungsfreiheit* gesichert, die eine *unerläßliche Voraussetzung der politischen Freiheit* Deutschlands ist. So ist die nationalsozialistische Agrarpolitik ein Beweis für den unbezwinglichen Lebenswillen des deutschen Volkes. Sie hat der deutschen Bauernarbeit wieder ihren nationalpolitischen Sinn gegeben, der jedem echten Bauern tiefste Verpflichtung ist. Daher gilt auch das Wort des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring und soll nicht angetastet werden:

„Wir kapitulieren nicht.

Jeder Deutsche soll satt werden,

kein Deutscher soll hungern."

(Verzeichnis aller Schriften dieser Reihe siehe nächste Seite)